

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 16. Juni 1926

Nummer 47

Vorwort zu den Spartenkongressen

Auch diesmal kommen wieder Vertreter der Drucker, Maschinensetzer, Stereotypen- und Galvanoplastiker sowie der Korrektoren aus allen Gauen einige Tage vor dem Verbandstag der deutschen Buchdrucker in Berlin zusammen, um Zeit- und Sorgenfragen ihrer Spezialorganisationen zu erörtern, die Entwicklung ihrer besonderen Berufsverhältnisse zu prüfen und zu fördern. Diese Tagungen sind ein Beweis für die Vielseitigkeit und die fachtechnische Gliederung des Buchdruckerberufs; zugleich aber auch Beweise einer organisatorischen Bewegungs- oder Betätigungsfreiheit der verschiedenen Sparten innerhalb des Buchdruckerverbandes, wie sie in solcher Form weder in technisch nahe verwandten noch in andern größeren Verbänden vorhanden ist. Daß diese Kongresse auch diesmal wieder vor dem Verbandstag abgehalten werden, entspricht nicht nur dem Wunsche der Sparten, in ihren eigenen Reihen nach dem Rechten zu sehen, sondern auch der Erkenntnis, daß der Verbandstag ihrer Stammorganisation von ausschlaggebender Bedeutung für ihr besonderes Wollen und Können ist.

Der Grundgedanke unserer gewerkschaftlichen und kollegialen Verbundenheit im Verband der Deutschen Buchdrucker ist Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen aller seiner Mitglieder. In dieser Richtung ergibt sich keine Unterscheidung nach Sparten. Allen, die ihre Pflichten dem Verbands-, d. h. der Gesamtheit der Kollegenschaft gegenüber erfüllen, soll gleiches Recht ohne Ansehen der Person und des besonderen Berufs zuteil werden. Damit ist jedoch sehr wohl vereinbar, daß eine allgemeine ununterbrochen anstrengende geistige und körperliche Arbeitsleistung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gegenleistung entweder durch eine kürzere Arbeitszeit, oder solange dies infolge der Widerstandschaft des Unternehmertums zum Scheitern verurteilt ist, durch ausnahmsweise Lohnregulierung Ausgleichung findet. Alle andern Leistungen im Produktionsprozeß, die eine subjektiv intensivere berufliche Fortbildung voraussetzen, müssen im Interesse der Allgemeinheit der Kollegenschaft zur persönlichen Geltendmachung besonderer Gegenleistung überlassen bleiben.

In dieser Richtung haben die fachtechnischen Fortbildungsbestrebungen der Sparten schon vor dem Kriege vorbildliche Dienste geleistet, und zwar mit beachtenswertem Erfolge auch auf dem ibernormaligen Lohngebiete. Und es bliebe in Anbetracht neuzeitlicher Schwierigkeiten bezüglich der allgemeinen tariflichen Lohnregelung ernstlich zu erwägen, ob nicht eine höhere Werterschätzung persönlicher Initiative diese Schwierigkeiten mehr als bisher abschwächen könnte. Mit einer Uniformierung der tariflichen Entlohnung ganzer Spartengruppen auf den Schultern anderer Sparten ist zweifellos eine Lähmung persönlicher Initiative in technischer wie wirtschaftlicher Richtung eng verbunden; während eine von unten auf geförderte und durch die Sparten erleichterte höhere berufliche Leistungsfähigkeit den fachlichen Persönlichkeitswert hebt und ihn mit aufwärtsstrebenden Impulsen auch in wirtschaftlicher Hinsicht besetzt. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß in Fällen unternehmerischer Zonierung besonderer beruflicher Leistungsfähigkeit gute Miene zum bösen Spiel solcher Profitlust zu machen wäre. Wer sein Fach versteht und dies auch innerhalb seines engeren Kollegenkreises beweisen und nicht nur behaupten kann, der wird auch nach dieser Richtung wissen, was er zu tun und zu lassen hat. Wer aber mehr auf die berufliche Leistungsfähigkeit seiner Mitarbeiter spekuliert und seine eigene berufliche

Fortbildung als weniger wichtig beurteilt, der handelt weder vernünftig noch kollegial. Denn sowohl gewisse Schattenseiten der fachtechnischen Entwicklung als auch die privatkapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft lassen sich durch Verstärken hinter anderen keineswegs hemmen. Beide Übel werden weit eher durch verstärkte Geltendmachung eines möglichst hohen Grades beruflicher Spezialkenntnisse und der Leistungsfähigkeit zu bemeistern und zurückzudrängen sein.

Es gereicht insbesondere den Spartenorganisationen zur Ehre, daß sie sich von Anfang an in diesem Sinne betätigt haben. Sie waren Kinder der technischen Entwicklung und wurden nach und nach zu deren Schrittmachern. Ihr bestes Mittelzeug gegenüber sozialen und wirtschaftlichen Schattenseiten der technischen Entwicklung war und ist auch heute noch die fachtechnische Fortbildung, die auch ein intimeres Band der Kollegialität in Spartenkreisen gefestigt hat. Die mit der technischen Entwicklung schritthaltende berufliche Fortbildung innerhalb der Sparten erleichtert ihren Mitgliedern die tägliche Arbeitsleistung und gibt ihrer Position im gewerblichen Produktionsprozeß eine immer schwerer zu entbehrende Grundlage. Diesen besonderen Wirken der Sparten ist zweifellos eine stärkere tarifliche Begrenzung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in fast allen Sparten des Buchdruckgewerbes nicht zuletzt zuzuschreiben. Auch dürfte es nicht zuviel gesagt sein, daß gerade die fachtechnische Fundamentierung der Spartenaktivität und der dadurch geschaffene engere kollegiale Zusammenhang zwar einen gewissen Widerwillen in Prinzipalskreisen gegen die tariflichen Sonderbestimmungen für die einzelnen Sparten verstärkt hat, daß aber gerade dieser Einfluß der Sparten jeden ernstlichen Versuch zu einer Beseitigung dieser Sonderbestimmungen zu einem Schlag ins Wasser werden ließe. Ja, es ist sogar mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß selbst eine von Scharmachern da und dort erstrebte tariflose Zeit auch im Buchdruckgewerbe, die Bedeutung und fachtechnische Schwerkraft der Sparten nicht erschlittern würde, daß sogar das Gegenteil zu erwarten wäre, je mehr die Sparten es vermeiden werden, spezielle Berufsinteressen über jene der Allgemeinheit der Kollegenschaft zu stellen.

Und weil dem so ist, dürfte es für die bevorstehenden Spartenkongresse nach unserer Auffassung mehr als je zuvor darauf ankommen, weniger nach außen als nach innen zu blicken. Das gilt insbesondere in tariflicher Beziehung. Fragen der äußeren Organisationsform des Verbandes können durch die Sparten nicht gelöst werden; sie sind ausschließlich Angelegenheiten des Verbandstages. Aber Zweckmäßigkeit oder Entbehrlichkeit einer noch engeren Verbindung der Sparten mit dem Verbands wolle wir hier keine besonderen Betrachtungen anstellen. Wird alles gegenseitig ernstlich abgewogen, so dürfte eine diesbezügliche Umwälzung nicht erforderlich sein. Wohl aber muß es sich in der Hauptsache darum handeln, daß der Verband nicht von innen heraus vor Aufgaben gestellt wird, die seine bisherige Geschlossenheit lockern oder seine Bewegungsfreiheit irgendwie lähmen könnten. In der Stärkung der Einheitlichkeit und der für alle seine Mitglieder maßgebenden Kraft nach innen wie nach außen liegt auch der beste Schutz für seine Spezialorganisationen. Wir haben das Vertrauen zu den Spartenkongressen, daß sie in dieser Richtung einig mit uns sind und rufen daher allen ihren Teilnehmern und Gästen ein herzlich willkommen zu!

Zum Achten Deutschen Druckerkongress

Die in den letzten beiden Jahrzehnten des abgelaufenen Jahrhunderts stark in Erscheinung getretene Industrialisierung Deutschlands drückte auch unserm Gewerbe ihren Stempel auf. Die damit gleichlaufende außerordentliche technische Entwicklung machte sich besonders bei den Maschinen und der Herstellung der Druckerzeugnisse bemerkbar. Die Rotationsmaschine, die Spezialmaschine, der Kleeapparat und der Drei- und Vierfarbendruck waren Dinge, die eine bedeutende Umwälzung der Produktion und Arbeitsweise in den Maschinenfälen mit sich brachten. Die dadurch sich aufgebenden Verhältnisse brachten es zuwege, daß sich innerhalb des Verbandes Maschinenmeistervereine bildeten, denn dem Verband als solchem war es nicht mehr möglich, diesen durch die angeführte Entwicklung aufkommenden Dingen in sachmännlich sachgemäßer Weise Rechnung zu tragen. Die einzelnen Vereine konnten aber allein weder in der technischen Weiterbildung, noch in organisatorischer oder tariflicher Hinsicht wirksames leisten. So kam es, daß die Bestrebungen, die allerorts gebildeten Maschinenmeistervereine zentral zusammenzufassen, immer mehr und mehr an Boden gewannen, und unter der Führung Berlins und Leipzigs trat man in Halle a. d. S. in den Tagen vom 29. bis 31. August 1907 zum Ersten Deutschen Maschinenmeisterkongress zusammen. Aus 20 Gauen waren 25 Delegierte erschienen, und neben dem Verbandsvorstand und der „Korrespondent“-Redaktion waren auch zwei Vertreter aus Österreich anwesend. Der Willensausdruck dieses Kongresses wurde in folgender Entschliessung niedergelegt:

Zur Wahrung und Förderung der Maschinenmeisterinteressen wolle der Kongress veranlassen, daß am Sitze des Verbandes der Deutschen Buchdrucker eine ständige Kommission oder ein Zentralkomitee gewählt wird, dessen Aufgabe es ist, mit sämtlichen Maschinenmeistervereinigungen eine enge Fühlung aufrechtzuerhalten und alle wichtigen Vorkommen auf gewerkschaftlichem und besonders tariflichem Gebiete den Vereinigungen zur Beratung und eventueller Beschlußfassung vorzutragen. Maßnahmen, welche zu den Verband verpflichtenden Konsequenzen führen können, sind nur im Einverständnis mit dem Zentralkomitee zu treffen.

Trotz der Erklärung des Verbandsvorstandes, daß er keine Gewissheit für die Zustimmung zu dieser Entschliessung von Seiten des Verbandsvorstandes geben könne, wurde dann doch die Wahl einer Zentralkommission vollzogen. Dieser Kongress mit der Schaffung einer Zentralkommission kann gewissermaßen als die Geburtsstunde der Spartenbewegung innerhalb des Verbandes angesehen werden. Sehr schwierig und langsam war der Weg, den die Bewegung gegen die Gegnerschaft im Verband und seiner Instanzen zu gehen hatte. Doch eine besondere Günstigung war es für die Gründer und Befechter dieser Idee, als die im Jahre 1905 in Dresden tagende Generalversammlung des Verbandes, die Sparten, die inzwischen durch die Schaffung der Zentralkommission der Maschinensetzer und die der Stereotypen- und Galvanoplastiker an Ausdehnung zugenommen hatten, offiziell anerkennen mußte. Durch aufgestellte Richtlinien wurde dann hier den Sparten ein bestimmtes Arbeitsgebiet in der Verbandsorganisation zugewiesen. Die außerordentlich wichtigen Verhältnisse in den Maschinenfälen in Deutschland veranlaßten die Zentralkommission, auch mit dem Ausland Fühlung zu nehmen, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Diese Fühlungnahme führte zu dem am 12. und 13. Februar 1905 in München tagenden Ersten Internationalen Maschinenmeisterkongress. Hier wurden Forderungen aufgestellt, die in Fragen der Maschinenbedienbarkeit, der Regelung der Lehrlingskata, der technischen Fortbildung und der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung als einheitliche Richtschnur für alle der dort vertretenen Länder dienen sollten. Dieser Veranstaltung folgte dann der am den Ostersfeiertagen des Jahres 1906 in Berlin abgehaltene Zweite Deutsche Maschinenmeisterkongress. Dieser von 62 Delegierten und allen maßgebenden Instanzen besuchte Kongress befaßte sich in der Hauptsache mit der Maschinenbedienbarkeit, der großen Arbeitslosigkeit der Maschinenmeister und der Hilfsarbeiterfrage. Nach einem außerordentlich instruktiv angelegten Referat des Kollegen

Schaeffer, das durch eine gut aufgenommene Statistik der Zentralkommission wirkungsvoll unterstützt wurde—konnte doch durch diese festgestellt werden, daß nur 50 Proz. aller Maschinenmeister nach dem Einmaschinenystem arbeiten und daß 327 Hilfsarbeiter selbständig an Buchdruckmaschinen beschäftigt werden — wurde beschlossen, zur nächsten Tarifberatung den Antrag zu stellen, die Pflichten und Rechte der Tarifkontrahenten, soweit sich solche auf die Druckmaschinenläse beziehen, in einem besonderen Abschnitt des neuen Tarifs festzulegen. Dieser Antrag hat dann auch bei der Ende des Jahres 1906 stattgefundenen Tarifberatung seine Verwirklichung gefunden. Der Verband als Tarifkontrahent hatte damit einen Schritt getan, der nur durch die Kleinarbeit der Sparte möglich war, und der durch seine Auswirkung gezeigt hat, daß die Sparte als Verfasser und Pfleger dieser Sonderbestimmungen ganz Außerordentliches geleistet hat.

Der dritte Maschinenmeisterkongreß, welcher im Jahre 1911 in Hannover stattfand, kann neben wichtigen Beschlüssen tariflicher und organisatorischer Natur als ganz besonderes Ereignis den Beschluß über die Herausgabe von „Technischen Mitteilungen“ durch die Zentralkommission für sich verbuchen. Diese „Technischen Mitteilungen“, die heute den Namen „Der Drucker“ führen, wurden ein vorzügliches Bindeglied unter den Mitgliedern und sind als technischer Ratgeber für die Eigenheiten unsres Spezialberufes weit über unsre Kollegenkreise hinaus sehr geschätzt. Aus Anlaß der im Jahre 1914 in Leipzig veranstalteten Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik tagte zu Pfingsten der Vierte Maschinenmeisterkongreß. Dieser Kongreß mit der nachfolgenden Hauptversammlung der deutschen Maschinenmeister war wohl die bisher größte Spartenveranstaltung überhaupt. Der Kongreß selbst befaßte sich außer mit inneren organisatorischen Fragen, die neben der Gaueinteilung auch den Ausbau der „Technischen Mitteilungen“ verlangten, in der Hauptsache mit der technischen Entwicklung. Der in leistungsfähigen in Deutschland in Erscheinung tretende Offsetdruck, vor allem aber die Vervollkommnung des Tiefdrucks, veranlaßten zur eingehenden Stellungnahme, die in folgender Entschließung ihren Ausdruck fand.

Der Vierte Deutsche Maschinenmeisterkongreß richtet an die maßgebenden Instanzen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und insbesondere an den Verbandsvorstand im Vertrauen auf das bisher schon berechtigten Wünschen der Maschinenmeister entgegengebrachte Verständnis das dringende Ersuchen, mit Unterstützung durch die Zentralkommission der Maschinenmeister in der Frage des Tiefdrucks sowie aller anderen neuen Druckverfahren, die eine Beringerung der Arbeitsgelegenheit der Maschinenmeister zur Folge haben, alle Mittel und Wege zu suchen, wodurch die Bedienung der zu diesen neuen Arbeitsverfahren gehörigen Druckmaschinen den Buchdruckern zugesichert und erhalten bleibt.

Die Annahme dieser Resolution war ein beachtenswertes Dokument technisch-organisatorischer Spartenarbeit.

Auch während der Kriegszeit konnte die Sparte ihre Lebensfähigkeit beweisen, denn im Jahre 1916 erschien eine von der Zentralkommission herausgegebene, von dem Leipziger Maschinenmeisterverein bearbeitete Broschüre über die Zurichtung von Schrift-, Platten- und Bildformen. Wie schnell an sich diese fürchterliche Zeit überwandene war, zeigte sich am besten auf den Fünften Maschinenmeisterkongreß 1920 in Nürnberg. Hier waren neben der gesamten Zentralkommission, 32 Delegierte aus allen Teilen des Reiches anwesend. In tariflicher Beziehung wurde ein neuerzeitlicher Ausbau der Sonderbestimmungen gefordert, vor allem die strikte Einführung des Einmaschinenystems. Weiter wurde die Aufhebung des sogenannten Kölner Beschlusses und eine größere Bewegungsfreiheit der Sparten gefordert. Für den inneren organisatorischen Aufbau der Sparte wurden die Leipziger Beschlüsse erneuert und ein Grundstatut für Zentralkommission, Kreis und Ort geschaffen. In der nachfolgenden Generalversammlung des Verbandes wurde den Wünschen der Sparten Rechnung getragen und den Vorständen der Sparten im Verbandsvorstand Sitz und Stimme zugestanden.

Der Sechste Maschinenmeisterkongreß fand 1922 in Leipzig statt. Eine besondere Note erhielt diese Tagung dadurch, daß hier die 25jährige Wiederkehr der Gründung der Zentralkommission gefeiert werden konnte. Als tarifliche Forderung wurde eine Sonderzulage für Maschinenmeister verlangt, weiterhin stand das mit dem Verband der Stein-drucker und Lithographen getätigte Abkommen über den Offsetdruck zur Debatte, dessen Revision verlangt wurde. Ferner wurde beschlossen, eine Namensänderung vorzunehmen und statt Maschinenmeister in Zukunft Drucker zu sagen. Der Antrag auf eine Sonderzulage, als auch der Antrag auf größere Selbständigkeit, wurden auf dem Kongreß abgelehnt.

Mit verschiedenen Anträgen, die eigentlich schon in Leipzig abgelehnt waren, mußte sich der Siebente Deutsche Druckerkongreß in Hamburg im Jahre 1924 nochmals beschäftigen.

So die Forderung nach der Branchengliederung als auch die der Sonderzulage. Erstere wurde wiederum abgelehnt, während man an Stelle der Sonderzulage einen Antrag auf Entschädigung für Kleiderverschleiß und Werkzeug annahm. Eine besondere Rolle spielte auf dieser Tagung der Offsetdruck. Es wurden Forderungen aufgestellt, die energische Schritte vom Verbands verlangten, daß diese Maschine als Gemeinschaftsmaschine für beide Berufs-

gruppen zu gelten hat. Alle andern tariflichen Anträge wurden dem nachfolgenden Verbandstag als Material überwiehen. Wiederrum stehen wir vor einem Kongreß, und der Achte Deutsche Druckerkongreß, der am 18. und 19. Juni in Berlin stattfindet, wird in keiner Beziehung seinen Vorgängern nachstehen dürfen.

Die reichhaltige Tagesordnung, die diesmal auch wieder technische Referate vorsieht, wird den Delegierten Gelegenheit geben, alle uns interessierenden Fragen in eingehender und sachlicher Weise zu erörtern. Insbesondere wird die große Arbeitslosigkeit unter den Druckern einer besonders eingehenden Ausprache unterzogen werden müssen. In Verbindung mit dieser Frage muß der technischen Entwicklung im Gewerbe die gebührende Beachtung geschenkt werden. Diese und alle noch weiter zu erörternden Fragen sind ja nicht neu, sie kehren mehr oder minder in dieser oder jener Form auf allen Kongressen wieder. Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir uns bemühen, unsre Forderungen in den Rahmen der Allgemeininteressen einzufügen und damit die Allgemeinheit mehr für unsre speziellen Wünsche zu interessieren.

Wenn der Kongreß, der ja unter dem besonderen Eindruck des 60jährigen Verbandsjubiläums steht, in diesem Sinne seine Tagung vollendet, dann wird er nicht nur die Interessen der Sparte, sondern auch die des Verbandes gefördert haben.

Berlin.

Dr. K. Hermann.

Zum Fünften Deutschen Maschinenmeisterkongreß

Die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte und die damit verbundene Umwälzung in unserm Gewerbe haben auch in dem organisatorischen Leben unsres Verbandes Veränderungen hervorgerufen durch die Bildung von Spezialvereinigungen. Anfangs nur widerwillig gebildet, gelang es diesen in verhältnismäßig kurzer Zeit durch ihre praktische und erfolgreiche Arbeit auf allen organisatorischen Gebieten, die Vorurteile zu überwinden und die Organe des Verbandes von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Bereits auf dem Dresdener Verbandstage im Jahre 1905 kam dies durch die offizielle Anerkennung der Sparten zum Ausdruck. Nach einem Referat des Kollegen Mülltal erklärte der Verbandstag sein Einverständnis mit den von dem Referenten aufgestellten Programmpunkten der Betätigung der Sparten: 1. Pflege des Technischen; 2. Organisation aller Spezialkollegen; 3. Erziehung und Auffklärung auf allen Gebieten des beruflichen und wirtschaftlichen Lebens; 4. Überwachung der Einhaltung beruflicher und geschäftlicher Bestimmungen; 5. Besprechung beruflicher Interessenfragen. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, in der die Spezialorganisationen der Drucker, Maschinensetzer, Korrektoren, Schriftgießer, Stereotypenreue als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen werden und der Verbandsvorstand ermächtigt wird, sich nötig machende Kongresse einzelner Sparten finanziell zu unterstützen. Kollege Böblin selbst erklärte, die Berechtigung der Spezialorganisationen liege schon in der Notwendigkeit der Bekämpfung der Mißstände in den eigenen Reihen.

Gestützt auf die Stellungnahme und Beschlüsse des Dresdener Verbandstages berief die im September 1908 gebildete Zentralkommission der Maschinensetzer für die Osterfeierlage des Jahres 1908, also vor nunmehr 20 Jahren, den ersten deutschen Maschinensetzerkongreß nach Berlin. 36 Delegierte vertraten 1257 Mitglieder. Die Hauptverhandlungspunkte waren organisatorische und tarifliche Angelegenheiten. Ferner wurde die Übernahme der bisher vom Brandenburgerischen Maschinensetzerverein herausgegebenen Technischen Mitteilungen durch die Zentralkommission beschlossen. Auch eine ganze Reihe von Mißständen kam zur Sprache und über ihre Abstellung wurde beraten, so das Prämiensystem und die damit verknüpften Notordnungen, schlichte Kontrolle, Kontraktbrüche, die Unternehmung von Nichtbuchdruckern durch Instrukteure der Fabriken, die Stellennachweise der Sechsmaschinenfabriken, alles Erscheinungen, die heute fast restlos verschwunden sind, was wohl ohne weiteres auch als ein Erfolg der Arbeit der Sparte bezeichnet werden darf.

Im Anschluß an den Verbandstag in Hannover tagte dort im Jahre 1911 der zweite deutsche Maschinensetzerkongreß. Wieder waren es in erster Linie tarifliche und organisatorische Angelegenheiten, mit denen sich der Kongreß zu beschäftigen hatte. Zu der bevorstehenden Tarifrevision wurden die Anträge beraten und formuliert. Die Bildung von Gauenvereinen wurde angeregt, der weitere Ausbau der Technischen Mitteilungen beschlossen. Außerdem wurden die sanitären Mißstände in den Sechsmaschinenräumen kritisiert und ein Entwurf ausgearbeitet für eine Berordnung über sanitäre Einrichtungen in den Sechsmaschinenräumen. Eine vor dem Kongreß von der Zentralkommission aufgenommene Statistik bot reichhaltiges Material zur Begründung dieser Vorlage.

Der dritte Maschinensetzerkongreß tagte vom 10. bis 13. Juni 1920 in Nürnberg. Trotz aller Schwierigkeiten während der Kriegszeit hatte die Sparte ihre Tätigkeit nie eingestellt, sie hatte vor allem ihr möglichstes getan, um das Älternen Berufsstandes an der Sechsmaschine zu verhindern. Wenn das nicht immer gelang in dieser Zeit, so lag das an der Ungunst der Kriegsverhältnisse, weil der größte Teil der Maschinensetzer notgedrungen die Arbeit einstellen mußte und Ersatz nicht vorhanden war. Auf tarif-

lichem Gebiete wurde die Wiederherstellung des durch die verschiedenen Teuerungszulagen abgebauten 25prozentigen Lohnzuschlages und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Vom bevorstehenden ersten Verbandstage wurde die Befreiung der Beschlässe des Kölner Verbandstages, eine größere Bewegungsfreiheit und für den Vorstehenden der Zentralkommission Sitz und Stimme im Verbandsvorstand gefordert. Der Nürnberger Verbandstag hat demgemäß dann auch beschlossen. Eine Verschmelzung der Technischen Mitteilungen mit den vom Bildungsverband herausgegebenen Typographischen Mitteilungen wurde abgelehnt.

Am 29. und 30. August 1924 fand in Hamburg der vierte deutsche Maschinensetzerkongreß statt. In organisatorischer Beziehung waren hier sehr weitgehende Anträge gestellt worden, so wurde die Umstellung der Organisation in Branchengliederung gefordert. Diese Anträge wurden jedoch abgelehnt. Zur Tarifberatung wurde die Wiederherstellung der vor dem Kriege innegehabten Positionen und die Abschaffung des Berechnens sowie der Sonntagsarbeit gefordert. Außerdem wurde vom Verbandsvorstand verlangt, energische Schritte zur Durchführung der bereits im Jahre 1911 vorgeschlagenen Vorschriften für die sanitäre Einrichtung von Sechsmaschinenräumen zu unternehmen. Alle dem Hamburger Verbandstag unterbreiteten Anträge wurden von diesem angenommen.

Am 17., 18. und 19. Juni d. J. wird in Berlin der fünfte deutsche Maschinensetzerkongreß tagen. 52 Delegierte werden weit über 9000 Mitglieder vertreten. Die Tagesordnung ist bereits in Nr. 34 des „Korr.“ veröffentlicht worden. Neben den bereits in Hamburg aufgestellten und bisher noch nicht durchgeführten Forderungen tariflicher Art ist es besonders die Angelegenheit der Maschinensetzerschulen, mit der sich der Kongreß zu befassen hat. Die Ausbildung von Maschinensetzern in Schulen ist aus tariflichen und organisatorischen Gründen zu bekämpfen. Tariflich sind die anzulernenden Gehältern dem eigenen Personal zu entnehmen, in der Schule wird aber jeder Gehilfe ausgebildet, der das Geld dazu hat, sich vier bis sechs Wochen selbst zu ernähren und außerdem noch 100 bis 200 M. Schulgeld zu bezahlen. Der zum Maschinensetzer befähigte Kollege, der nicht in der glücklichen Lage ist, über 40 bis 500 M. zu verfügen, hat unter diesen Umständen überhaupt keine Gelegenheit mehr, an der Sechsmaschine ausgebildet zu werden. Die Kosten der Ausbildung hat unsres Erachtens der Unternehmer zu tragen, der den Profit aus der Maschine einsteckt, denn Maschinensetz wird nach dem Preistarif immer noch wie Handlohn berechnet. Die Ausbildungszeit der Maschinensetzer beträgt nach dem Tarif 13 Wochen, während dieser Ausbildungszeit ist der bisherige, mindestens aber der Tariflohn zu zahlen. Diese Bestimmung wird bei der Anerkennung in Schulen, die nur vier bis sechs Wochen dauert, ebenfalls verletzt. Die Ausbildung zum Maschinensetzer außerhalb der Arbeitszeit widerspricht sowohl den tariflichen wie den geschäftlichen Bestimmungen. Die Ausbildung an der Sechsmaschine ist keine Fortbildung wie etwa die Farben- und Apparaturse der Drucker, sondern eine Umlernung, die nur im Betriebe zu erfolgen hat, wobei auch auf die geeignete Auswahl entsprechende Rücksicht genommen werden wird.

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen zahlreiche Anträge vor. U. a. wird das Recht selbständigen Tarifabschlusses für die Sparten gefordert. Doch soll darauf hier nicht näher eingegangen werden, um dem Kongreß nicht vorzugreifen. Bemerkenswert sei nur noch, daß auch von den Maschinensetzern die Befreiung der Protokollnotiz zu § 32 des Tarifs gefordert wird. Ist es doch einem Prinzipal eingefallen, die Anerkennung eines Nichtbuchdruckers an der Sechsmaschine damit zu begründen.

Erneut wird der Kongreß auch zu den hygienischen Mißständen Stellung nehmen und die Durchführung der bereits früher aufgestellten Mindestforderungen verlangen müssen. Darüber hinaus wird im Interesse der Gesundheit der Kollegen eine rege Propaganda für die Einführung der elektrischen Beheizung der Schmelzöfen zu entfalten sein. Die Beheizung mit Gas hat den Nachteil, daß dadurch die Luft in den Arbeitsräumen wesentlich verschlechtert wird, einmal, weil die Gasflamme der Luft eine erhebliche Menge Sauerstoff entzieht, außerdem aber, weil das Gas nie restlos verbrennt, sondern zum Teil sich im Raum verbreitet und dadurch den in Sechsmaschinenräumen vielfach wahrnehmbaren, Kopfschmerz und Müdigkeit erzeugenden, unangenehmen Dunst hervorruft.

Der Delegierten harret also Arbeit in reichlichem Maße. Hoffen wir, daß diese auch Früchte trägt, zum Wohle der Kollegen, zum Wohle aber auch der Organisation! B-r.

Die Stereotypen im Verbands

Der am 18. und 19. Juni in Berlin stattfindende Delegiertentag der Stereotypenreue und Galvanoplastiker bietet Gelegenheit, auf die Stellung der Stereotypenreue innerhalb des Verbandes einzugehen. Es gibt ja Kollegen, die die Sparten für ganz überflüssige Einrichtungen halten. Diese Einstellung ist so alt wie die Sparten selbst, nur wird sie dadurch nicht besser. Die 30jährige Tätigkeit unsrer Sparte beweist gerade das Gegenteil, denn in diesen Jahren ist der Verband nicht geschwächt, sondern gefördert worden. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß für uns Stereotypenreue und Galvanoplastiker eigentlich erst die Sparte ihre Tätigkeit entfaltet und damit der Verband. Dies ergibt sich am besten aus Zusammen-

stellungen auf der Gründungskonferenz der Zentralkommission 1899 in Leipzig. Damals waren in den Städten Berlin, Leipzig, Dresden, München, Augsburg, Braunschweig 423 Kollegen in den örtlichen Stereotypvereinen organisiert, aber nur 208 gehörten dem Verbande der Deutschen Buchdrucker an. Und es ist weiterhin bedeutsam, daß auf diesem Kongresse erst ein besonderer Antrag gestellt und angenommen wurde, die Zentralkommission möge als offizielles Publikationsorgan den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ benützen. Das ist aber alles verständlich, wenn man bedenkt, daß damals die Stereotypie erst ihre Kinderschuhe ausgetreten hatte. Aus allen möglichen Berufen waren Stereotypenreue entstanden, und es herrschte ein heilloser Durcheinander. Löhne und Arbeitszeit waren unterschiedlich. Maßgebliche Tarife existierten nicht, und der Nachwuchs kam aus Sehern oder Hilfsarbeitern. Und es war damals die historische Aufgabe der Stereotypenreue und Galvanoplastiker, erst einmal innerhalb ihrer eignen Reihen für Ordnung und Beständigkeit zu sorgen. Daß die Männer, die dies taten, sich von vornherein hierbei an den Verband der Deutschen Buchdrucker anlehnten, war für alle Teile segensreich.

Die ersten Kongresse 1900 Dresden, 1902 Hamburg, 1906 Berlin stellten sich die Loslösung vom Hilfsarbeiternachwuchs, die Einführung einer regulären Lehrlingsausbildung und die Aufnahme der Stereotypenreue in den Tarif zur Aufgabe. Sie schufen so das Fundament, auf dem sich die Stereotypenreue allmählich immer enger an den Verband angeschlossen, so daß schließlich die Mitgliedschaft im Verbande die Voraussetzung zur Aufnahme in die lokalen Stereotypenvereine wurde. Und wenn diesmal in Berlin die Stereotypenreue ziemlich 1900 Mitglieder mußten können, die samt und sonders Mitglieder des Verbandes sind, so zeigt das an, daß es weder den Stereotypenreuen noch dem Verbande geschadet hat.

Aber noch einen höheren Zweck verfolgen derartige geschichtliche Rückblicke. Der Philosoph Hegel sagt: „Wir sollen aus der Geschichte lernen, wir lernen aber nur aus ihr, daß die Menschen nichts aus ihr gelernt haben.“ Wir sollen derartige Rückblicke nur halten, um daraus zu lernen. Auch heute steht wieder dieser oder jener auf, um den „Nazi“ der Sparte zu beweisen. Kollegen, die durchaus nicht als Inzestrieverbandsanhänger verdächtig sind, rufen auch diesen dabei zu Hilfe, denn wie sollen wir denn nach ihrer Meinung zum Inzestrieverband kommen, wenn wir nicht einmal über unsere eignen Sparten hinwegkommen können. Und gerade dies letzte Argument ist das am wenigsten geeignete. Noch haben wir keinen Inzestrieverband, noch wissen wir nicht, wie er aussehen wird, wenn er kommt. Ich kann mir sehr gut einen Inzestrieverband vorstellen, der einen gewissen Fördercharakter trägt. Gerade das war ja eins der Hauptmomente für Anhänger des Inzestrieverbandes: das Aufgeben jeder Selbstverwaltung im Statut des Gruppischen Bundes ganz entgegen dem Aufbau unseres heutigen Verbandes. Gerade aus diesem Grunde haben ja auch Anhänger des Inzestrieverbandes dagegen gestimmt.

Daher sollte man auch von unnützen Experimenten in Organisationsfragen absehen, wie dies auch der Gewerkschaftskongress in der Organisationsfrage getan hat. Organisationen, die nicht Herrschaftsgebilde sein wollen, wachsen auf dem Boden ihrer Bedürfnisse. Und man kann die an sich schönste Idee totschlagen, wenn man sie unzeitgemäß mit aller Gewalt durchzusetzen versucht. Beschlüsse zu fassen, um irgendein Eigenleben totzuschlagen, ist leicht, ob aber die Abtötung des Eigenlebens einzelner Gewerkschaftsteile ohne Schaden für die psychologische Verfassung möglich ist, wage ich zu bezweifeln. Gerade in Massenorganisationen ist Lindendorfererei, d. h. von oben herab alles regeln und bestimmen zu wollen, vom Uebel. Und so glaube ich, daß die Entwicklung, die in 30 Jahren den Verband mit den Sparten wachsen ließ, auch weiterhin das Verhältnis zwischen dem Verband und seinen Teilen am besten regeln wird. Und dies gilt nicht nur für uns Stereotypenreue, sondern für die Sparten allgemein.

Berlin.

— d. t.

Der Sechste Deutsche Korrektorentag

Mitte April waren zwanzig Jahre verflossen seit dem Ersten Deutschen Korrektorentag, der damals gleichfalls in Berlin stattfand wie jetzt der Sechste Korrektorentag am 18. und 19. Juni. Genau so wie damals beschäftigten heute die Gemüter der Korrektoren das Organisationsproblem ihrer Sparte und die besonderen tariflichen Angelegenheiten. Im April 1906 war die Korrektorenorganisation erst 1 1/2 Jahre alt; den Vorläufer in Berlin, die Gesellschaft Berliner Korrektoren, konnte man nur als gestifteten Verein ansprechen, wenigleich er sich auch mit der Stellenvermittlung beschäftigte. Aber es gehörten diesem etwa fünfzig Mitglieder umfassenden Verein auch ein großer Teil Nichtverwandter — sogenannte Akademiker — an, die wenig Interesse für gewerkschaftliche Ziele bekundeten. So kam es beim im Herbst 1904 zu einer Spaltung, und die Mitglieder, die nach der gewerkschaftlichen Seite hinneigten, gründeten mit einigen diesem Verein völlig fernstehenden Korrektoren den Verein Deutscher Korrektoren, der sich als „integrierender Teil“ dem Verbande der Deutschen Buchdrucker angeschlossen und diesen Gedanken ins Reich hinausgetragen. Dieser Verein Deutscher Korrektoren in Berlin war also die Keimzelle für die heutige Korrektorenorganisation in Deutschlands Reich.

Der Verbandsvorstand stand dieser Neugründung recht sympathisch gegenüber; denn er fandte der jungen Vereins-

leitung ein Schreiben folgenden Inhalts: „Wir wünschen Ihnen berechtigten Bestrebungen guten Erfolg und sind gern bereit, soweit wir dazu in der Lage, Sie nach Kräften zu unterstützen.“ Auch der „Korrespondent“ fand warme Worte der Begrüßung: „Die Gründung eines Vereins Deutscher Korrektoren hat uns auf dem Gebiete des Spartenwesens wieder um einen Schritt weiter gebracht. Wir hoffen, daß dieser junge Zweig am Verbandsstamme sich in zufriedenstellender Weise entwicke.“

Es würde zu weit führen, in diesem Aufsatz die ganze Organisation zu schildern. Erwähnt muß aber werden, daß am 18. September 1904 ein Zusammenschluß des Vereins Deutscher Korrektoren mit der Gesellschaft Berliner Korrektoren zustande kam unter Mithilfe des Gauvorstandes auf dem Boden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, bei dem der unvergessliche Kollege Albert Massini das Referat hatte.

Der „Korrespondent“ würdigte dieses Ereignis mit folgenden Zeilen: „Die zu verzeichnende Einigung in der Ver-

Der Volksentscheid

am 20. Juni soll auf verfassungsmäßiger Grundlage zum Ausdruck bringen, daß Kreise, die nur auf Kosten anderer Menschen einüppiges Leben führen wollen, kein Recht mehr haben sollen, das deutsche Volk auch fernerhin noch auszubeuten.

Für ein solches Volksurteil nach besten Kräften zu wirken, ist Pflicht aller Volksgenossen, insbesondere aber der Arbeiterschaft, die von den ehemaligen Herrschern und ihrer Sippe nur als Knechte beurteilt und behandelt worden sind!

liner Korrektorenschaft wird allgemein mit Befriedigung aufgenommen sein; denn wie die Korrektorenbewegung sich anließ, so konnte es wahrhaftig nicht weitergehen. Hoffen wir, daß nun auch außerhalb Berlins ein kräftiger Zug in diese neuste Sparte kommt, die übrigens schon ein Ereignis gezeitigt hat, nämlich: die Aufnahme des ersten Doktor-Korrektors in den Verband.“

Am 25. September 1904 folgte Leipzig dem Berliner Beispiel und am 6. November 1904 München. In dem darauffolgenden Jahre kamen dann die Orte Breslau, Chemnitz, Danzig, Dresden, Hamburg, Hannover, Köln, Magdeburg, Mannheim, Raumburg und Stuttgart hinzu. Mit 90 Mann wurde das Jahr 1904 abgeschlossen, und am Ende des Jahres 1905 waren bereits 341 Korrektoren in der neuen Sparte des Verbandes organisiert. Seitdem ist es von Jahr zu Jahr stetig aufwärts gegangen (mit Ausnahme der Kriegsjahre); 1914 waren 1047 Korrektoren spezialorganisiert; diese Zahl wurde erst 1920 so ziemlich wieder erreicht mit 1006; 1921 wies 1200 aus; am Ende des Jahres 1925 wurden rund 1400 gezählt als bisher höchste Zahl in nunmehr 26 Vereinen. Es darf indessen nicht verschwiegen werden, daß noch eine große Zahl (etwa 700) der Bewegung teilnahmslos gegenübersteht, obgleich auch diese Kollegen Verbandsmitglieder sind. Das Vereingestehen der Korrektoren hindert naturgemäß die wirkungsvolle Werbetätigkeit der Korrektorenvereine und der Zentralkommission.

Der diesjährige Sechste Deutsche Korrektorentag wird nun dazu berufen sein, Mittel und Wege zu finden, dieser organisatorischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Ob die gauweise Zusammenfassung der Korrektoren, die schon mehrfach angestrebt wurde, das Gegebene ist, wird sich aus den Debatten ergeben. Sicher ist eines: Wenn nicht alle jetzt zur Spartenorganisation gehörenden Kollegen tatkräftig mithelfen, dann wird eine Belebung des Vereinslebens und eine Hebung der Mitgliederzahlen nicht vor sich gehen! Was wir brauchen, ist Mithilfe in den Vereinen, wie sie in einigen Vereinen schon heute in musterhafter Weise vorhanden ist. Der Starke muß dem Schwachen helfen, auch beim Organisieren; das ist Pflicht der Solidarität. Darum erschaffen wir Korrektoren tatkräftige Unterstützung der Gau- und örtlichen Verbandsfunktionäre bei der Erfassung der uns noch fernstehenden Kollegen. Zusage in dieser Hinsicht sind uns bereits in einigen Gauen gemacht worden, und das mit Recht; denn auf dem Hamburger Verbandsstag wurde der Satz geprägt: „Im Interesse einheitlicher gewerkschaftlicher Arbeit wünscht der Verbandsstag, daß sich die Kollegen aktiv an der Arbeit der Sparten beteiligen, und daß die Funktionäre unserer Organisation die legale Tätigkeit der Sparten unterstützen.“

Aber die „legale Tätigkeit“ der Sparten ist auch nach dem Verbandsstagen in Hamburg viel in Kollegenkreisen diskutiert worden. Besonders sind es die immer wieder geforderten Prozentaufschläge auf das tarifliche Minimum, die bei den nicht von Tarifs wegen Berechtigten Unmut und Unwillen hervorriefen. Die uns Korrektoren zugewilligten 3 Proz. Aufschlag waren schon ein großer Stein des Anstoßes. Als aber dieser Aufschlag auf 7 1/2 Proz. erhöht wurde und zugleich für andre Sparten Verschlech-

terungen im Tarif Maß griffen (Protokollnotiz zu § 32), da waren wir die „Karnikel, die angefangen“ hatten. Jetzt liegen zum Korrektorentag wieder die alten Forderungen als Anträge vor. Schon regen sich erneut Stimmen gegen uns, weil abermals erhöhte Prozentaufschläge auf das Minimum gefordert werden. Der Korrektorentag wird darüber zu entscheiden haben, wie der Antrag der Korrektoren Deutschlands zur nächsten Manteltarifverhandlung lauten soll. Dieser Antrag wird der Begutachtung des Verbandsstages unterliegen, der darüber befinden wird, ob den Wünschen der deutschen Korrektoren in tariflicher Hinsicht Genüge gesehen kann. Aber weit darüber hinaus wird es Sache der Taktik der Vertreter der Geheilsenpartei bei den Tarifverhandlungen sein, ob sie sich mit besonderen Spartenfragen und insbesondere mit Korrektorenfragen belassen will.

Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken; wir Korrektoren müssen erkennen und sehen lernen, inwieweit unsere Sonderwünsche in dem Rahmen des ganzen Gebäudes — Verband und Tarif — realisierbar sind. Diese Erkenntnis brachten die Vertreter aus dem Hamburger Korrektorentag im Jahre 1924 bereits auf. Inwieweit jetzt eine andre Auffassung Platz gegriffen hat, werden die Verhandlungen des Sechsten Korrektorentages in Berlin zeigen. Hochgepannte Sonderwünsche werden oftmals in kleinem Kreise geboren, der von sich aus zu ohnmächtig ist, sie durchzusetzen; er erwartet Hilfe von seinem großen Bruder oder stärkeren Mitarbeiter. Das ist ein natürlicher Vorgang. Durch Rede und Gegenrede werden die Meinungen geklärt. Diese Klärung wird auch auf dem Korrektorentage erfolgen, gemäß dem Wahlspruch: Mit dem Verband — für den Verband!

Berlin.

H. G.

Verband, Sparten und Bildungsverband

Durch die einstimmige Annahme der Resolution Myslau und Genossen auf dem Verbandstage zu Dresden wurde die Spartenarbeit sozusagen legalisiert. In ihr wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Sparten instand sind, nützliche Auffklärungsarbeit zu fördern und der technischen Ausbildung den größtmöglichen Vorstoß zu leisten. Ferner wurde beschlossen, daß sich nötig machende Kongresse einzelner Sparten vom Verbandsvorstande finanziell unterstützt werden dürfen, wobei demselben eine Mitbestimmung über deren Ort, Zeit und die Vertretung auf solchen Kongressen zukam. Damals waren in der Tat die technischen Verbesserungen, die sich auf dem Gebiete der Druckmaschinen bemerkbar machten, und besonders die Einführung der Segma-Maschine geeignet, der Gründung von im Rahmen des Verbandes wirkenden Spezialorganisationen Vorstoß zu leisten. Es sei anerkannt, daß die spezialtariflichen Bestimmungen für die Drucker, Maschinenleger und Stereotypenreue durch die aktive Mitwirkung der Sparten erst die richtige Gestalt bekommen haben. Allein schon damals erkannte Kollege Döblin, daß es nicht ohne gewisse Gefahren für den Verband abgehen kann, wenn organisierte Geheile innerhalb des Verbandes entstanden, die mit der Zeit über den ihnen gesteckten Rahmen hinausgingen.

Gestützt durch die stärker einsetzende technische Entwicklung entfalteten sich die Sparten immer mehr und mehr. Es konnte nicht ausbleiben, daß durch die starke und rasche Zunahme der Sparten gewisse Übergriffe sich bemerkbar machten, die mitunter die gebotene Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit der Kollegenchaft vermissen ließen. Kurzum: Wir gerieten in die Periode der „Spartenspejerei“. Mit dem Wachsen der Sparten gingen ihre Wünsche immer weiter, so daß schon damals Differenzen mit dem Verbandsvorstande eintraten. Auf dem Verbandstage zu Köln im Jahre 1908 kam es darüber zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Sparten verlangten einerseits Erweiterung ihrer Rechte und auf der andern Seite forderte der Verbandsvorstand ein gewisses Zurücktreten über alle Veröffentlichungen der Sparten, die sich nicht ausschließlich mit technischen Fragen beschäftigten. Die Debatte über die Sparten spitzte sich auch noch deshalb so zu, weil kurz vor Statfinden des Verbandstages in Leipzig eine Handsegerversammlung stattgefunden hatte, die mit Genehmigung des Gauvorstandes von einem Handsegerkollegen einberufen worden war. In dieser Versammlung wurde Stellung genommen zu einem ganz unverständlichen Urteil des damaligen Tarifamtes, das die im Berechnen arbeitenden Handseger hinsichtlich der Auslegung einer Umbruchposition ganz empfindlich schädigte. Man sieht, daß also schon damals Handseger das Bedürfnis hatten, über spezialberufliche Fragen sich auszupressen. Der Verbandstag erklärte in Köln, daß die Gründung einer Handseger-Sparte nicht zulässig sei. Es wurde damit in nackter und bestimmter Form ein Ausnahmefehl gegen die Handseger geschaffen, gegen das der fortschrittlich eingestellte Teil der Handseger in einigen Großstädten, ganz besonders in Leipzig, unausgesetzt ankämpfte. Es verbietet der Raum, auf die darauf hingelieferten Anträge einzugehen. Wer in den Protokollen nachblättern will, wird finden können, daß seit Köln (1908) über Hannover (1911), Danzig (1913) bis Nürnberg (1920) die Handsegerfrage nicht von der Tagesordnung der Verbandstage verschwunden ist. Eine Ausnahme davon machte nur der Ende Mai 1918, also noch während der Kriegszeit, in Würzburg abgehaltene Verbandstag, da er in der Hauptsache nur Fragen zu erledigen hatte, die mit den Folgen des Krieges im Zusammenhange

stand, und dazu Stellung nehmen mußte, wie die Schäden des Krieges zu liquidieren seien. Eine Milderung des Kölner Verbots trat auf dem Verbandstag in Hannover insofern ein, als dem Gauvorstand gestattet wurde, von Zeit zu Zeit Handfegerveranstaltungen abzuhalten. Der entscheidende Schritt wurde auf dem Nürnberger Verbandstag gewagt, der das durch die Zeitverhältnisse längst überfällige Verbot der Gründung einer Handfegerpartei aufhob. Auf den folgenden Verbandstagen in Leipzig (1922) und Hamburg (1924) ist zwar auch über die Bewegung der Handfeger debattiert worden, doch sah man damals mit Ruhe und Gelassenheit der weiteren Entwicklung entgegen. Als aber nach Hamburg eine regere Tätigkeit der Handfeger sich bemerkbar machte, wurde man an gewissen Stellen unruhig und ging teilweise sogar zum offenen Angriff über. Und heute stellen die inzwischen auf die Zahl 30 angewachsenen Handfegervereinigungen mit etwa 7000 Mitgliedern eine Macht innerhalb unfres Verbandes dar, die man nicht mit einer geringfügigen Geste abtun kann. Es ist deshalb mit Sicherheit anzunehmen, daß der kommende Verbandstag angeht dieser Tatsache sich ernstlich damit befassen muß, was für eine Stellung die Handfeger in Zukunft in unserm Verbandes einzunehmen haben, und die verantwortlichen Vertreter der Handfeger werden Rechenschaft abzulegen haben, ob ihre Arbeit dem Verband förderlich oder schädlich gewesen ist. Darauf deuten auch die Auslassungen hin, die Mitglieder des Verbandsvorstandes bei verschiedenen Anlässen getan haben. In welcher Richtung liegen nun die Pläne des Verbandsvorstandes? Er hat sich bislang immer sehr vorsichtig ausgedrückt und nur davon gesprochen, daß er der weiteren Entwicklung der Handfegervereinigungen mit großer Beforgnis entgegensteht und ihr ein aufmerksames Auge zuwenden will. Nur einmal hat ein Verbandsvorstandsmitglied, als er den vermeintlichen Gefahrenherd Bayern bereiste, sich in einer Münchener Versammlung sehr einseitig ausgelassen, indem er davon sprach, daß der Verbandsvorstand die Handfegerpartei niemals anerkennen würde. Es glaubt doch aber jedenfalls heute niemand im Verbandsvorstande ernstlich daran, etwa die Gründung von Handfegervereinigungen zu verbieten. Der Kölner Beschluß ist aufgehoben, und somit ist auch grundsätzlich festzustellen, daß die Handfegerpartei legal ist und ihre Bestrebungen nicht gegen irgendwelche Verbandsratsbeschlüsse seit Nürnberg verstoßen. Eine andre Frage ist die, wie sollen sie arbeiten, und was ist ihr Aufgabengebiet? Die eigentliche Aufgabe der Sparten überhaupt ist die Pflege der spezialberuflichen Fortbildung. Daß heute die Handfeger fast die alleinigen Leibräger der technischen Entwicklung sind, kann niemand bestreiten. Seit der Zeit der Entstehung der Sparten haben sich die Verhältnisse total verändert. Früher sagte man mit Recht, daß die Handfeger als Nutznießer des Verbandes nicht auch noch zur Gründung einer Sparte übergehen dürfen, da sonst das ganze Verbandsgebäude gefährdet sei und ein Kampf aller gegen alle entstehen würde. Das kann man heute nur bedingt behaupten. Nach der Statistik, die der Verbandsvorstand im November 1924 aufgenommen hat, waren zwar von 68 040 gezählten Berufsangehörigen immer noch 35 174 Handfeger, das sind rund 51 Proz., also knapp die Hälfte. Das Bild wird aber wesentlich anders, wenn man nach der gleichen Statistik die fünf größten Gauen herauszieht. Danach sind von 100 in Buchdruckerien beschäftigten Gehilfen im Gau Bayern 48,8 Proz., Berlin 47,3 Proz., Leipzig 46,5 Proz., Rheinland-Westfalen 48,0 Proz., Württemberg 48,2 Proz., Handfeger. Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß in den Gauen, wo die großen Druckstädte vertreten sind und die Großindustrie ihren Sitz hat, die technische Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist und die Handfeger immer mehr ins Hintertreffen geraten sind.

Stellt man die früheren Statistiken des Tarifamtes in Vergleich, so ergibt sich folgendes Bild:

	1912	1906	1903
Beschäftigte insgesamt	70 199	53 086	43 877
davon Handfeger	40 883	35 666	32 018
Prozentverhältnis	58½	67	73

Nach den Jahresberichten der Leipziger Maschinenfegervereingung stieg beispielsweise in Leipzig die Zahl der Sechsmaschinen von 398 im Jahre 1914 auf 679 im Jahre 1925; das ist von 1914 bis 1925 eine Steigerung um 71 Proz. Dieses Tatsachenmaterial den Verbandsratsdelegierten nochmals zu unterbreiten, erscheint nicht überflüssig. Es ist daraus der Schluß zu ziehen, daß an eine Liquidierung der Handfegerbewegung nicht gedacht werden kann. Man wird abzuwarten haben, wie sich der Verbandsvorstand die weitere Entwicklung der Sparte denkt. Es wird nicht angehen können, daß er diese Frage weiter so bilateralistisch bis heute behandelt. Irgendeine Stellungnahme der obersten Verbandskörperschaft wird der Verbandstag erwarten. Die Handfeger sollten nicht Schwierigkeiten machen, wenn der Verbandsvorstand sich gegen eine Erweiterung der Spartenrechte stemmt und versucht, die Sparten besser an die Hand zu bekommen. Verschiedene Kommissionen werden den Verbandsvorstand zwingen, sich größeren Einfluß auf die Spartenpolitik zu verschaffen. Zu allererst müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß solche organisatorisch-schädigende Handlungen, wie sie bei Abschluß des Manteltarifs Ende 1924 Anfang 1925 von einzelnen Sparten begangen wurden, unmöglich gemacht werden. Mehr denn je ist es heute notwendig, daß auch die Sparten nach Kräften mit dazu beitragen, ein Maximum von Schlagkraft der Organisation zu verschaffen. Sonderworgehen einzelner Sparten rufen das Gegenteil hervor. Einen Weg weist der

von Leipzig gestellte Antrag: „Aufhebung aller Beitrags- und Unterstützungsvereinigungen der Gau-, Bezirks-, Orts- und Spartenvereine.“ Schaffung eines Einheitsbeitrags und einheitlicher Unterstützungsätze. Finanzierung vorgenannter Vereine durch die Verbandskasse.“

Es sei offen heraus gesagt: Der Gedanke der Zentralisation muß mehr Einteilung halten in die Köpfe der Angehörigen aller Sparten. Allen andern vorausgehen muß die Wahrnehmungen der Interessen der Allgemeinheit, ehe die besonderen Interessen kommen. Der Industrieverband ist die Organisationsform der Zukunft. In den graphischen Gewerben wird er auch heranreifen. Auch zum Berliner Verbandstag liegen dahingehende Anträge vor. Will man überhaupt dazu kommen, dann muß naturnotwendig als erste Voraussetzung eine schärfere Zentralisation eintreten.

Den Sparten war von vornherein kein andres Aufgabefeld zugeordnet als die spezialberufliche Fortbildung. Nun wollen, gehen wir aus Wert und schalten jede Betätigung der Sparten auf Gebieten, die nur den Verband als solchen angehen, aus. Der Wege gibt es genug. Man kann beim besten Willen nicht behaupten, daß der jetzige Zustand ein vollkommener ist; er darf keineswegs als faktosant bezeichnet werden. Betrachten wir doch einmal die ungeheure Verzehretung der Kräfte, die darin liegt, daß jede Sparte ihr eigenes technisches Organ hat. Folgendes Schema mag das illustrieren:

Organ	Artikel	Materie für
1. Nachmittlungen der Korrektoren	Etwas vom Hebrätschen — Einheitsliche Bezeichnungen im Buchdruck — Medizinische Fachwörter	I. Typographische Mitteilungen
2. Mitteilungen der Handfegervereinigungen	Einiges über die polnische Sprache. Jiffenjak — Dynamiale Erziehung — Notwendige und entbehrliche Akyente. — Politische Schlagworte	
3. Typographische Mitteilungen	Etwas vom Werksak — Sachtechnisches Material — Vom Handak im Buchdruck — Wissenschaftlicher Werkak — Dynamiale und elementare Typographie	
4. Der Drucker	Die Maschinenanfertigung des Papiers — Das Summloch an der Rotationsmaschine — Der Teleskop — Juridische vor dem Stereotypieren — Das Rende-Rapid-Mischrezeptions.	II. Der Graphische Betrieb
5. Technische Mitteilungen der Maschinenfeger	Das Problem der Gahhrstellung auf photographischem Wege — Jiffenjak — Einiges vom Werksak — Beschichte der Sechsmaschinen	
6. Blei und Kupfer	Die Praxis in der Stereotypie (mit vielen Abbildungen von Keilsteinen und Prägpresen) — Der Leipteug und Wegegang der Dynamomachine — Die Analyse des Kupferbades	
7. Der graphische Betrieb	Der Stereotypier ein Maschinen-techniker — Von den Sechsmaschinen Bronzedruck die große Mode — Das Naturkumdruckpapier — Kupfer- und Nickelbad	

Das sind alles Artikel, die zum allergrößten Teil erst in der letzten Zeit in diesen Organen, wie hier angeführt, erschienen sind. Die Beispiele liegen sich beliebig vermehren. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, was für ein großer Verlust gegen das Prinzip vom Zusammenfassen der Kräfte hier zum Ausdruck kommt. Will man etwa behaupten, daß dieser oder jener Artikel unbedingt in diesem oder jenem Organ hätte stehen müssen? Seit der Bildungsverband den „Graphischen Betrieb“ herausgab, könnten wir wohl mit zwei Bildungsorganen auskommen. Alle die in diesem Schema angeführten Artikel liegen sich gut in eine dieser beiden Materien einreihen. Das wäre der erste Schritt, um eine größere Systematik in unserer Bildungsarbeit herbeizuführen zu können. Dieser Zustand müßte jedem vorschweben, der nicht eigenbrötlerisch veranlagt ist. Bedenken dagegen, daß alle Bildungsarbeit dem Bildungsverband zufällt, können jetzt kaum noch vorgebracht werden, seitdem unfeugbar ein engeres Ansehen des Bildungsverbandes an den Verband zu verzeichnen ist. Bestrebungen nach dieser Richtung hin könnten die Handfeger ruhig unterstützen. Fast genau so gerissen liegen die Dinge hinsichtlich der Ausgestaltung der Vortragsabende. Ist es doch vorgekommen, daß Sparten sich Vorträge über rein politische Themen halten ließen. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu ventilieren, ob es nicht doch zweckmäßig wäre, gewissermaßen als Übergang die Redaktion der Handfegermitteilungen nach Berlin zu verlegen. Am einnigsten Zusammenarbeiten mit dem Verbandsvorstand, das ja die Handfeger wollen und auch bei jeder Gelegenheit betont haben, zu gewährleisten, könnte vielleicht ein Handfegerbeihilfer des Verbandsvorstandes im Einvernehmen mit den Vertretern der Handfeger damit betraut werden. Auch ist zu erwägen, ob es nicht ratsam wäre, ein besonderes Gegend für Handfegerfragen beim Verbandsvorstand mit einem eigens dazu angestellten Handfeger als Sekretär zu errichten. Am Einfluß auf die Bildungsarbeit

* Klammerung des Verfassers: Wenn hier von Spartenvereinen die Rede ist, dann sind Selbstverwaltungen der Handfegervereinigungen dabei mit gemeint.

zu erlangen, könnte ein Weg gesucht werden, der dem Verbandsvorstand eine Vertretung mit Stimmrecht im Vorstand des Bildungsverbandes zugestehet. Der dafür bestimmte Kollege braucht nicht als Obergendarm vom Bildungsverband betrachtet zu werden. Aber es würde doch dem oft erhobenen Einwand, daß der Bildungsverband mit dem Verband gar nichts zu tun habe, dadurch begegnet. Praktisch wäre es, als diesen Vertreter gleich den Delegierten des Verbandsvorstandes für die Handfegerangelegenheiten zu benennen. Auf diese oder ähnliche Art zu versuchen, das Spartenproblem im Zusammenhang mit der Bildungsarbeit zu lösen, würde sicher viele unökonomisch vertane Kraft ersparen, eine ganze Menge Reibungsflächen beseitigen und die Gewähr dafür bieten, daß die große gewerkschaftliche Linie nicht verlassen wird.

Es ist hier alles nur in Umrissen dargestellt. Zweck dieser Arbeit sollte sein, sich diese Gedanken einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Sie ist nur eine Gelegenheitsarbeit und will als solche auch nur gewertet sein. Vielleicht erhält dieser oder jener Delegierte doch eine Anregung, um sie auf dem Verbandstage mit zu verwerfen zu können. Manchem werden diese Gedanken vielleicht etwas zu kühn erscheinen. Aber besonders jedem Kenner der Verhältnisse wird klar sein müssen, daß wir in der Spartenfrage aus dem ewigen Lavieren herausmüssen. Die wirtschaftspolitischen Verhältnisse brauchen eine schlagfertige, in sich gefestigte Organisation. Daß der Kopf dieser Organisation kein Wasserkopfsen darf, sondern daß ihm aus allen Adern Blut zufließen muß, ist klar. Die Handfeger dürfen diese hier niedergelegten Gedanken nicht so auflassen, daß ihre Spartenvereine nun gemuschelt werden sollen. Die Spartenfrage ist heute nicht mehr gegen die Handfeger zu lösen, sondern nur mit ihnen.

Leipzig. R. G.

Sum Verbandstag

Beitrags- und Unterstützungsfragen

Antrag 46: Aufhebung aller Beitrags- und Unterstützungsvereinigungen der Gau-, Bezirks-, Orts- und Spartenvereine. Schaffung eines Einheitsbeitrags und einheitlicher Unterstützungsätze. Finanzierung vorgenannter Vereine durch die Verbandskasse. Leipzig.

Der Antrag ist in seinen tieferen Beweggründen nur in Verbindung mit einer klaren Vorstellung vom Wesen einer freigewerkschaftlichen Organisation zu verstehen. Eine Organisation ist in ihrer Funktion und ihrer inneren Gliederung mit einem Menschen vergleichbar. Glieder und innere Organe des Menschen bilden ein untrennbares Ganzes, und erst ihre natürliche Gesamtfunktion ermöglicht das, was wir unter dem Begriff Leben verstehen. Ähnlichen Gesetzmäßigkeiten untersteht auch das Leben eines Organisationskörpers. Sollen die Lebensäußerungen einer freigewerkschaftlichen Organisation Gesundheit verraten, so ist die harmonische Gesamtfunktion von Kopf und Gliedern eine der unerlässlichen Voraussetzungen. Der obige Antrag bezweckt die Herbeiführung der größtmöglichen Harmonie in der Gesamtfunktion unfres Verbandes. Er zerfällt in zwei Teile. In seinem ersten Teil wird die Aufhebung aller Sonderbelastungen der Mitglieder in Gauen, Bezirken und Orten verlangt und die Durchführung einheitlicher Beitrags- und Unterstützungsätze für das ganze Verbandsgebiet. Der zweite Teil fordert die Aufhebung aller Sonderbelastungen für Spartenmitglieder und Einsetzung von Verbandsmitgliedern zur Bestreitung des für die Spartenarbeit notwendigen Kostenaufwands.

Zunächst wollen wir uns einmal mit dem ersten Teil des Antrags beschäftigen und gleich im Eingang übergehen zur Prüfung der Stichhaltigkeit des wichtigsten Arguments, das solchen zentralistischen Bestrebungen entgegengehalten wird. Wenn solche Bestrebungen, wie sie der Antrag birgt, aufstauden, so wurde des öfteren eingewandt: bedenkt den aus den natürlichen Besonderheiten in den verschiedenen Gauen erwachsenden ganz verschiedenartigen hohen Kostenaufwand, den die Leistung der Gauaufgaben verursacht. Das wird als eine bestehende Tatsache ohne weiteres zugegeben. Aber nicht das, daß diese Tatsache ein Sündenbündnis für die Durchführung einer materiellen Grundlage im Sinne des Antrags sein muß. Gegenwärtigen wir uns einmal die materielle Basis, auf der die Lehrlingsorganisation ruht. Der Beitrag für die Lehrlingsorganisation ist für das Verbandsgebiet einheitlich auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Von diesem Beitrag werden den Gauen zur Bestreitung des Kostenaufwands für ihre Lehrlingsabteilungen 60 Proz. überlassen. Es ist bekannt, daß in einzelnen Gauen die 60 Proz. Rückvergütung für den gedachten Zweck nicht selbstlos aufgebracht werden. Bei der größeren Anzahl Gauen werden die 60 Proz. entweder knapp oder nicht ausreichen und deshalb sind Zuschüsse erforderlich. Die Zuschüsse können vom Gau, aber auch von der Zentrale gewährt werden. Denken wir uns nun, daß nur die Zentrale erforderliche Zuschüsse leistet, so ergibt sich das folgende Bild. Trotz ganz unterschiedlichen Kostenaufwands in den einzelnen Gauen aus einem gemeinsam zu bearbeitenden Aufgabefeld besteht ein einheitlicher Beitragsatz und eine einheitlich hohe Rückvergütung für das Verbandsgebiet. Die Bestreitung des Kostenaufwands über den Satz der Rückvergütung, fast ausschließlich die Folge der natürlichen Besonderheiten ländlicher Bezirke, in einzelnen Fällen trägt wohl auch Schuld die unwirtschaftliche Gauenverteilung, fällt der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes zu. Das ist der Ausdruck zentralistischen Geistes, in dem sich auch das Verlangen des gestellten Antrags bewegt. Die Aufgaben, die ein Gau, Bezirk oder Ort zu erfüllen

hat, sind zweifellos in ihrem Umfange nicht mit dem der Lehrlingsabteilung gleichzustellen. Aber die zum Ausdruck kommende Tendenz in der Lehrlingsorganisation, daß Mittel, die aus der einheitlichen Belastung aller Angehörigen hervorgebracht sind, je nach dem Bedürfnis in den einzelnen Gruppen Verwendung finden, ist die vom Antrag gewollte. Ebenso wie die von den verschiedenen Abteilungen der Lehrlingsorganisation geleistete Arbeit ergänzende Verbandsarbeit ist, ebenso ist auch alle Arbeit, die im Gau, im Bezirk oder Ort getan wird, notwendige Verbandsarbeit. Ist es deshalb nicht als bitterer Unrecht zu bezeichnen, diejenigen Kollegen, die in Gebieten arbeiten, in denen die Leistung von Verbandsarbeit einschließ- lich der Sparlichkeit aus den natürlichen Verhältnissen heraus mit besonderen Erschwernissen verknüpft ist, auch noch besonders materiell zu belasten? In diesen Fällen rechtfertigt es sich keinesfalls, daß die besondere lokale Belastung auch noch lokal aufgebracht werden muß. Hier hat die Gesamtheit einzutreten, weil mit dieser lokalen Verbands- tätigkeit Organisationsaufgaben der Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes erfüllt werden. Keines dieser lokalen Glieder hat ein von dem großen Aufgabengebiet des Ver- bandes losgelöstes Arbeitsfeld, sondern nur räumlich auf- geteilte Verbandsarbeit zu leisten. Die Berechtigung des Verlangens in dem gestellten Antrag stützt sich auf diese Tatsache.

Um auftauchenden Befürchtungen vorzubeugen, die in der Verwirklichung des Antrags eine Aufhebung der in bestimmter Hinsicht noch bestehenden Selbständigkeit der Gauen erblicken können, sei das nachstehende Beispiel ange- führt. Angenommen, der normale Satz, der im Durchschnitt zur Bestreitung aller Gausausgaben notwendig wäre, betrüge 30 Proz. vom Verbandsbeitrag. Nehmen wir bei- spielsweise einen Einheitsbeitrag von 2 M. an. Die Selbst- ständigkeit des Gauses könnte in dem bisherigen Maße voll beibehalten werden, solange er mit dem ihm zur Bestrei- tung seiner lokalen Aufwendungen zugewiesenen Betrag auskommt. Erst dann würde die Einpruchsmöglichkeit für die Zentrale beginnen, wenn aus irgendwelchen Gründen Zuschüsse notwendig sind. Ich könnte mir aber nicht vorstellen, daß dort, wo Zuschüsse zur Bestreitung von Kosten aus der Erfüllung von Verbandsaufgaben notwendig werden, eine Zentralfelle diese zu leisten ver- weigern würde. Denn damit würde diese Zentrale ver- bandsgefährdend wirken. Es ist ja auch bei einer im Sinne des Antrags liegenden Regelung des Beitragswesens ein Zustand nicht ausgeschlossen, in dem für eine Zeitperiode ein geringer lokaler Beitrag erhoben würde. Der Unter- schied von dem jetzigen Zustand liegt aber darin, daß hierzu die Zustimmung der Zentrale notwendig wäre, und dann dürfte die mögliche Höhe eines solchen auch statutarisch eng begrenzt sein. Also, wenn alle lokale Arbeit auf das Motto abgestimmt ist „Für die Gesamtorganisation“, dann be- stehen meines Erachtens Befürchtungen gegen eine Lösung der Beitrags- und Unterstützungsfrage im Sinne des An- trags nicht zu Recht.

Nun zum zweiten Teil des Antrags. Es wird in unserem Verband nur wenige Kollegen geben, die bei dem Stand unserer Produktionsleistung und den Anforderungen, den diese an das Fachwissen des einzelnen Kollegen stellt, und der spezialberuflichen Gliederung, die unser Tarifvertrag aufweist, die Mitarbeit der Sparten in unserem Organisationsleben missen möchten. Eine erfolgreiche Organisations- arbeit ist unter Berücksichtigung der vorerwähnten Dinge nicht gut denkbar ohne die Förderung der spezialberuf- lichen Fortbildung. Mit dieser spezialberuflichen Fort- bildungsarbeit verriichten die Sparten eine überaus wert- volle, die allgemeine gewerkschaftliche Schulungsarbeit in ihren Grundlagen ergänzende, zu einer wirksamen Macht- entfaltung der Organisation unerlässliche Mittelfeile. Denn es bestätigt sich jeden Tag im Betrieb von neuem, daß der mit gutem Fachwissen ausgestattete Kollege in der Regel der rüdigste ist, wenn es gilt, Angriffe auf Tarif- und allgemeines Arbeitsrecht abzuwehren. Die Tatsache aber, daß steigendes Wertbewußtsein im Arbeiter allgemein auch mit zunehmendem Fachwissen eng verknüpft ist, und daß dieses Wertbewußtsein seinen Ausdruck bei der Verteidigung allgemeinen Arbeits- und Tarifvertragsrechtes im Betrieb findet, ja daß dieses Bewußtsein sich ganz natür- gemäÙ umlegt zu einem höheren Grad innerer Organisa- tionskraft, zeigt deutlich den Charakter der von den Sparten geleisteten spezialberuflichen Fortbildungsarbeit als notwendige Organisationsarbeit. Mit dieser Erkenntnis ist aber zugleich für alle Verbandsmitglieder die Verpflich- tung ausgebracht, diese Tätigkeit der Sparten nicht nur ideell, sondern auch materiell zu unterstützen. Das heißt, es kann nicht dem freien Willen des einzelnen Organisations- angehörigen überlassen bleiben, ob er durch seinen Beitritt zur Sparte auch materiell zu dieser für die Organisation unerlässlichen Organisationsarbeit beitragen will. Die jetzige Form der materiellen Grundlage in den Sparten- vereinigungen birgt auch aus physiologischen Gründen Nachteile für die Gesamtorganisation. Sie ist geeignet, das Gefühl des Eigenlebens, der selbständigen Zielsetzung eines Gliedes am Organisationskörper zu nähren. Die Vorgänge bei der Abstimmung über unsern geltenden Tarifvertrag, die verschiedentlich laut gewordenen Wünsche nach Selbst- ständigkeit in tariflichen Fragen über den Rahmen der Mitberatung hinaus sind Ausdruck dieses Gefühls. Also sowohl unter Würdigung der von den Sparten geleisteten spezialberuflichen Fortbildungsarbeit als wichtigen Be- standteil allgemeiner gewerkschaftlicher Schulungsarbeit, als auch wegen ihrer günstigen physiologischen Einwir- kungen läge eine Lösung der Spartenbeitragsfrage im

Sinne des gestellten Antrags im gesamtorganisatorischen Interesse.

Die praktische Lösung der Spartenbeitragsfrage im Sinne des Antrags ließe sich meines Erachtens auf einer ähnlichen materiellen Grundlage, wie sie für die Lehrlings- organisation gilt, finden. Um nur ein Beispiel zu nennen, nehmen wir an, 10 Pf. des zentralen Verbandsbeitrags würden als der Fonds betrachtet, von dem die im Normal- falle den Sparten erwachsenden Kosten bestritten werden sollen. Von diesem Beitrag verblieben beispielsweise der Verbandskasse ein Drittel, der Gauskasse zwei Drittel. Von dem Drittel, das der Verbandskasse verbliebe, hätte diese den Spartenzentralen einen bestimmten Prozentsatz zu überweisen. Der Schlüssel zur Festsetzung der Höhe des Prozentsatzes ließe sich meines Erachtens durch Anleihen an das Durchschnittsverhältnis der den Spartenzentralen zur Erfüllung ihres Teils von Verbandsaufgaben not- wendigen Ausgaben finden. Von den zwei Dritteln, die den Gauen verblieben, hätten diese ihren Spartenvereinen einen Bewegungsfonds zu gewähren. Auch hier nicht etwa der Schlüssel zur Höhe des Fonds nach der Kopfzahl der spezialberuflichen Angehörigen, sondern nach dem Durch- schnitt der Normalausgaben, die der Spartenvereinigung bei Leistung ihres Teils Verbandsarbeit erwachsen. Durch die Gewährung eines bestimmten Bewegungsfonds wird vermieden, die bisherige Selbständigkeit der Sparten- zentralen und ihrer Untergruppen einzuschränken. Vor- zugsweise von Sonderzuschüssen seitens einer Spartenzentrale oder einer örtlichen Vereinigung würde die Mitbestimmung der Verbandszentrale bzw. der Gau- leitung eintreten. Beide Körperschaften würden aber dann verbandsgefährdend wirken, wenn sie eine den Interessen unseres Verbandes dienende Tätigkeit der Sparten unter- binden wollten durch Verlangen der dazu notwendigen Kosten. Die bisherige Praxis zeigt zur Genüge, daß auch nach dieser Seite hin Befürchtungen aus einer Lösung der Spartenbeitragsfrage im Sinne des Antrags nicht gehen zu werden brauchen.

Betrachten wir uns im Zusammenhang den gestellten Antrag und die angeführten kurz umrissenen Motive, die mit zu seiner Stellung geführt haben, so muß bei objek- tiver Betrachtung wohl zuerkannt werden, daß nur das gesamtorganisatorische Interesse, das Bestreben, zu höchster Konzentration, aller unserer Organisation innewohnenden ideellen und materiellen Kräfte beizuführen, der Leit- gedanke zur Stellung des Antrags ist. Die Hemmnisse gegen seine Verwirklichung sind riesengroß und doch nicht un- überwindbar. Der Verbandsrat wird sich zu entscheiden haben, ob er einer zentralistischen Entwicklung unfreier innerorganisatorischen Lebens, im Sinne des Antrags den Weg zu öffnen bereit ist. (Stütz Leipzig).

Man könnte fast sagen, wenn man die Menge der An- träge zum Verbandsrat betreffend Unterstützungsfragen in Betracht zieht, daß sie einen getreuen Spiegel unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen. Die Ungültigkeit der Invalidentenunterstützungssätze, welche mit einem Male so markant in Erscheinung tritt, ist ganz entschieden ein Produkt unserer volks- feindlichen Regierungsweise. Einmal, weil die Preise für die allerersten Lebensbedürfnisse auf eine un- erträgliche Höhe geschraubt und künstlich hochgehalten werden. Wir sind ja so weit gekommen, daß außer dem Be- darf an dem für Erhaltung des Lebens notwendigen An- schaffungen für die Wirtschaft nicht gemacht werden können. Auch ein Grund der wirtschaftlichen Krise. Man sieht hier wieder so deutlich, die Menge muß es bringen, diese Menge, die von den oberen Zehntausend so verächtlich über die Schulter angehoben wird. Und dann ist noch ein anderer Grund für die brennend gewordene Invalidentenunter- stützungsfrage, und dieser wurzelt wieder in der volksfeind- lichen Regierungsweise, ich meine die vor einigen Jahren vom Stapel gelassene Steuerverordnung, durch die Millionen von Volksgenossen und jedenfalls auch viele Kollegen um ihre Notgroschen, ob erspart oder ererbt, be- trogen worden sind. Erwähnt sei noch das verlorengegan- gene Verbandsvermögen. Ich kann nicht begreifen, wie man das in Kollegenkreisen so ruhig als etwas Selbstver- ständliches hinnehmen kann. Wir haben doch schon damals den Staat vor dem Zusammenbruch gerettet, als wir uns den 10 prozentigen Lohnabzug gefallen lassen mußten. Bei der Steuerverordnung hätte er unbedingt vor den Armen der Armen Markt machen müssen. Das Gros der Besitzenden hatte natürlich sein Vermögen vor dem Zugriff des Staates gerettet, es schnell ins Ausland verschoben, damit es nicht entwertet werden konnte. Der Staat sagt ganz einfach, das eingezahlte Geld ist durch die In- flation entwertet worden. Kein vernünftiger Mensch glaubt das. Wie kann das in Gold oder in goldwertiger Münze eingezahlt, der Allgemeinheit geborgte Geld wertlos werden? Nur die Papierlappen, die der bankrotte Staat ausgab, waren wertlos. Hat man doch sogar noch Kriegs- anleihe nachgedruckt und ausgegeben. Um nun die Gemüter etwas zu beruhigen, hat man vor längerer Zeit ein Auf- wertungsgesetz geschaffen, es ist dies ein Wechselfuß, der seinen Erzeugern zur ewigen Schande gereichen wird. Die Herren Geheimräte, welche sich schützend vor die Regierung stellen, schreiben in den Zeitungen, wir könnten nicht mehr tun, wir sind durch den Krieg arm geworden. Kollegen, seht um euch, wer ist arm geworden? Macht sich nicht der Luxus im Gegenfatz zu der Volksnot immer mehr breit, wer macht die Verkehrswege mit den rasenden Autos unsicher?

Ich komme noch einmal auf die Artikel betreffend Unterstützungsanträge zurück, und zwar auf jene, die der Kampforganisation gegenüber der Unterstützungsorganisa- tion das Wort reden. Ich selbst bin über 70 Jahre und muß, trotz Krankheit, weiterarbeiten, weil die Unter- stützung für mich und meine Frau nicht ausreichen würde: trotzdem sage ich, auch diese Kollegen meinen auf dem rechten Weg zu sein, wenn sie nur der Kampforganisation das Wort reden, aber, muß ich fragen, was würde geschehen, wenn das Unterstützungsweisen aus dem Verband ausge- schaltet würde. Wo sollte Lust und Liebe zur Arbeit her- kommen, wenn man sich sagen müßte; wenn du nicht ar- beiten kannst, mußt du mit den Deinen hungern? Dem- gegenüber wäre einzuwenden: da mußt du dir von deinem karglichen Lohn etwas für die Zeit der Not zurücklegen, mußt eben j u r e n , und zwar so lange, bis dich der Vater Staat wieder darum betrügt. Und da sind wir wieder auf denselben Fiedel angelangt. Gewiß haben auch die reich, welche dem Staate die Verpflichtung zur Unterstützung auferlegen wollen, diese Verpflichtung hat er, solange nicht dafür gesorgt wird, daß der Arbeitslohn den Preisen für die notwendigen Lebensbedürfnisse entspricht, oder umgekehrt diese Preise dem Arbeitslohn entsprechen. Auf welche Weise man diesem Verlangen gerecht wird, zeigte uns vor kurzem eine Zeitungsnotiz, derzufolge die Regierung Millionen bereitgestellt hatte zum Ankauf des Inlandgetreides, also künstlich den Brotpreis zu erhöhen. Vor dem Kriege, ich weiß nicht, wie es jetzt ist, kaufte man den Zucker in Lon- doner Läden billiger als bei uns. Das sind nur einige Bei- spiele. Es ist notwendig, daß wir mit aller Macht gegen derartige Zustände Front machen. „Mit Resolutionsen ist noch nie etwas erreicht worden“, schrieb kürzlich ein Bauernblinder! (L. M. (Kascha)).

Unsre Büchergilde Gutenberg

In den letzten Jahren sind in Deutschland mehrere Buch- gemeinschaften entstanden, die, unter Ausschaltung von Pro- fitinteressen, zu Ruh und Frommen ihrer Mitglieder Bücher zu den Herstellungskosten vertreiben. Ohne Zweifel gebührt diesem Verfahren großer Beifall, wie man denn überhaupt dem Genossenschaftsgedanken, wo irgend möglich, Geltung verschaffen sollte.

Auf gleiche Weise entstand unsre Büchergilde Guten- berg, die seit ihrem Bestehen ihre Mitglieder mit solchen, wenn nicht zu sagen hervorragend ausgestatteten Büchern beliefert.

Man ist der bößlichen Anschauung, dem wertvollen deut- schen Volk literarische Werke, die dem sozialen Gedanken dienen, vermitteln zu müssen. Das mehr und mehr zutage- tretende Bedürfnis der Massen, eine tiefere Erkenntnis des Weltganges und die Minderung des sozialen Elends der Menschheit zu erstreben, wird dadurch in Bahnen gelenkt, die eine Zerschlagung dieser Massen durch Literatur alt- hergebrachter Tendenz vermeiden können.

Es versteht sich, daß man, den Apparat einmal in Gang gesetzt, darauf Bedacht zu nehmen hat, seine Mitglieder wahrhaft liberal zu belehren und ihnen zugleich Verständ- nis für literarische Kunst beizubringen. Die Leiter der Büchergilde sind denn auch mit Fleiß bemüht, Schriftsteller heranzuziehen, die das spezifische, die Masse gewerkschaftlich und sozialistisch erziehende Moment in ihre Schriften zu legen wissen. Aber somit beschreiten wir ein Gebiet, das, psychologisch untersucht, darunt, wie verkehrt dieses Ver- fahren ist.

Die Literaturgeschichte lehrt, es sei vermessene, einer Neuerscheinung zugulubeln; selbst Werke, die einst durch Form und Inhalt überraschten, verfallen nach kurzer Be- deutung, bei zunehmender Erkenntnis ihres eigentlichen Unwerts, ins Vergessen. Und nur das wirklich Gute wußte sich im Lauf der Zeiten herauszuschälen. Dazu kommt, daß heute mehr denn je die Regentenen Kritiker sind, die, entweder durch mangelnde Kenntnis oder aber durch Be- schleichtheit (letzteres in unserm Falle freilich ausgenom- men), einem Werke unverdientes Lob beimessen. Und nun gestatte ich mir ein freies Wort, das ich das Recht habe, auszusprechen, indem ich mehr als wie viele andre den breiteren Volksmassen Bildung wünsche, die allein das Volk höherbringen kann.

Es mögen von den 25 000 Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg alle samt und sonders die ihnen bisher dar- gebotenen Bücher ihres Inhalts und ihrer Form nach prächtig finden, so bleibt doch Tatsache, daß diese Bücher, mit Ausnahme des ersten, literarisch vollkommen beben- tungslos zu nennen sind. Auch tragen sie allzu sehr das Ge- präge der Bestellen oder der der Feder abgenutzten Arbeit. Ein beim Dichter bestelltes Werk kann kaum ein Kunstwerk werden, denn Dichten (nicht Schriftstellern) ist kein Hand- werk, sondern Kunst; und Stoffe, dabei verarbeitet, dürfen nicht von außen befohlen sein, sondern müssen dem Innern des Schaffenden inspirativ entquellen.

Sage man nicht, man müsse „Talente“ hervorziehen und ihre Schöpfungen publizieren, da sie sonst trotz ihrer guten Tendenz keinen Verleger finden könnten — wo hat die Büchergilde Gutenberg ihren Ausfluß tieferglühender literarischer Sachverständiger, die mit vollem Gewissen wagen können, die hohe Mission der Erziehung von 25 000 Menschen zu erfüllen? Lassen wir unsre Büchergilde nicht eine Versuchsanstalt „neuentdeckter Talente“ sein.

Meine Aufgabe ist nicht, die Büchergilde zu verneinen; beiseite nicht. Lediglich sollten wir unsern Kollegen aner- kannt klaffendes und doch in unsre Tendenz Schlagendes bieten, woran die Wekkliteratur, hauptsächlich durch das

Schaffen der beiden letzten Generationen, nicht mehr arm ist. Es braucht freilich nicht jeder Roman von Zeller-geklimper und Lipperei zu wimmeln. Und eine trotz allem leise subjektive Färbung, im Schöpfer einen Einzelmenschen, nicht aber einen Bund erkennen lassend, nimmt diesen empfindlichen Romanen auch das Starre, Dialektische unserer Bildenbilder. Greifen wir zurück zu den großen russischen Schriftstellern, einigen Franzosen oder auch Nordischen. Und wenn deren Schicksal noch nicht abgelaufen, so muß man die Druckerlaubnis zu ersehen wissen. Ebenso hat schließlich nicht jedes Buch befristetlich zu sein; wie wäre es zuweilen mit populär-wissenschaftlichen Abhandlungen, die einmal Anthropologie zum Vorwurf nehmen, zum andern den Gottesbegriff erläutern, allgemeiner gesagt, philosophisch sind?

Mit dieser vorgezeichneten Methode wäre eine gute Volkserziehung gewährleistet. Und ich glaube nicht, daß meine Worte nutzlos verhallen, denn welscher der Maßgebenden, die gewiß nur das Beste wollen, könnte sich diesen Argumentationen verschließen?

Freiberg i. Sa.

A. G. H.

Umrückung der Schriftleitung. Die sehr sachlichen Anregungen des Verfassers sind zu begrüßen und werden sicher sowohl die mündige Beantwortung seitens des Verlags der Buchergilde finden. Aber A. H. die von dem Kollegen A. G. H. vorgeschlagenen Umrückungsgebiete bei der Mehrheit der Mitglieder der Buchergilde die gleiche Berücksichtigung finden werden, ist eine andere Frage. Es darf aber auch bezüglich der Buchergilde nicht vergessen werden, daß diese Einrichtung sonstigen noch im Aufbau begriffen ist.

Alle Mann an Bord!

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Dieser erste Artikel der deutschen Reichsverfassung soll nach außen dokumentieren, daß Deutschland eine Republik ist, in der nicht nach dem Wohl und Wehe einer geringen Interessenssicht, sondern von dem Gesichtspunkte des gesamten Volkes aus gehandelt wird. Es kommt in erster Linie darauf an, das gesamte Volk wirtschaftlich und kulturell zu fördern in der Erkenntnis, daß ein Volk nur dadurch zur geistigen Freiheit geführt werden kann. So finden wir gleichzeitig in der Verfassung des Deutschen Reiches einen der wichtigsten und wertvollsten Paragraphen verankert, die Verordnungen über den Volksscheid. Hier wird dem gesamten Volke die Möglichkeit gegeben, Fragen des Staates zu erledigen. Mit dem Verfaße der gesprochenen und verjagten Fürstentümer, ihre ehemaligen eingekerkerten Besitzungen dem Staate und somit dem Volksganzen zu entreißen, lassen sich Gewerkschaft und politische Arbeiterpartei gezwungen, das erste Mal die Befragung des Volkes zu verlangen. Bei der Abstimmung über den Volksscheid hat sich bereits die überwältigende Zahl von 12 1/2 Millionen Wahlberechtigten für diesen erklärt. Das war die Einleitung des Kampfes. Wir müssen uns bewußt sein, daß es jetzt darauf ankommt, jeden Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Arbeiter überhaupt zum tätigen Funktionär und Agitator für die letzte und schwierigste Etappe des Kampfes zu mobilisieren, denn wir wissen, daß die Gegner der Arbeiterkraft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Ziel des Volksscheitens vereiteln wollen. Aber wir können zuversichtlich in die Wahlschlacht gehen, wenn jeder seine ganze Kraft in den Dienst des Ganzen stellt: die Kleintrentner, Altersrentner, Arbeitsinvaliden, Opfer der Geldentwertung und des schändlichen Krieges. Euch Witwen und Waisen, euch, die man um die Spargroschen eures ganzen Lebens betrogen hat, rufe ich in die Reihen, auch Arbeiterbrüder und -schwestern, die ihr im Schwelge eures Angehens euren großen Lohn verdient. An die Arbeit zur Erfüllung des Staatseigentums. Bedenkt ihr alle, daß man neue Steuern für euch bereithält, um diese Summe jenen Parasiten an Menschengehächse vorzuwerfen. Ihr Arbeitslosen! Auf zum Kampf! Werdet nicht müde in der Agitation! Vergeht nicht, daß das Reich für euch kein Geld hat, wohl aber Milliarden für Schlemmer und Praesler. Laßt euch nicht von falschem Mitleid irreführen. Es gilt die Schlacht zu schlagen, um der Gerechtigkeit willen. Zeigt, daß ihr politisch reif seid! Zeigt, daß ihr erkannt habt die Notwendigkeit des Kampfes um euer eigenes Recht. Wohl haben wir einen schweren, feigen Weg vor uns, aber mit uns stehen Millionen Entrechtete, Geknechtete und Unterdrückte. Diese sind unser ewiger Ansporn und die Triebkraft, die den Sieg verbürgt!

Alle Mann an Bord!

Leipzig.

Herbert Koschik.

Korrespondenzen

Utenburg. Anlässlich des 60jährigen Verbandsjubiläums fand am 16. Mai im festlich geschmückten Volkshaussaal eine Bezirksversammlung statt, die einen würdigen Verlauf nahm. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen, und auch Vertreter anderer Gewerkschaften und der Stadt und des Kreises waren anwesend. Nach Entgegennahme des Berichtes vom Gautag und eines freundlichen Prologs hielt Vorsitzender Reichardt die Festrede. Nach Bekanntgabe und Gehörung der im Bezirk befindlichen Jubilare, die die stattliche Zahl von 106 aufwiesen, klang seine Rede aus in die Mahnung hauptsächlich an die jungen Kollegen, das Geschaffene nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Ein Hoch auf den Verband fand begeisterte Aufnahme. Ein anschließender gefestigter Teil, umrahmt von Musik- und Gesangsvorträgen und humoristischen Einlagen hielt die Anwesenden bei guter Stimmung bis in die späten Stunden beisammen. Eine Ausstellung von Druckfäßen des Kollegen Albin Maria Wajulitz (nur von ihm stammende Arbeiten) fand in Verbindung damit statt, und war für die Kollegen

sowie Interessenten den ganzen Tag zugänglich. Der zahlreiche Besuch sowie der mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen A. G. H. „Ein Lebensalter typographischer Kunst“ M. Wajulitz zeigten den Wert des Gebotenen.

Utenburg. Unsere Versammlung am 28. Mai beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Aussprache über den Bericht vom Gautag. Besonders war man enttäuscht, daß aus der Gauwittentafel an die Weimarer Bauhütte, die jetzt bankrott ist, ein Darlehen in Höhe von 7000 M. gegeben wurde (was nun verloren ist), ohne genügende Information eingeholt zu haben. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß aus einer so gemeinnützigen Kasse überhaupt keine Gelder verliehen werden dürfen, und darum der Beschluß des Gautages begrüßt, monach erparierte Gelder nur der Arbeiterbank überwiesen werden. Mit den sonstigen Beschlüssen war man einverstanden. Die Aussprache über die Anträge zum Verbandstag zeigte, daß die Mitglieder einen weiteren Ausbau hauptsächlich der Invaliden- und Arbeitslosenunterstützung wünschen, bei keiner Erhöhung des Beitrags. Für den Invalidentriebstand sowie Erziehung von Ferienheimen war man nicht zu haben. Die Entgegennahme des Kartellberichts sowie die Bekanntgabe, daß am 19. Juni unser Jahresfest stattfindet und die nächste Bezirksversammlung am 10. Juli in Meuselwitz abgehalten wird, bildeten nebst kleineren inneren Angelegenheiten den Schluß der mittelmäßig besuchten Versammlung.

Barmen. Unsere Versammlung vom 8. Mai ehrte zunächst wiederum das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Zweiter Gauvorsitzer L. S. J. (Köln) hielt einen Vortrag über „Gewerkschaftliche und berufliche Tagesfragen“; seine Ausführungen, denen eine kurze Diskussion folgte, wurden beifällig aufgenommen. Bemängelt wurde, daß betreffs der Feier des 1. Mai keine bestimmte Direktive ausgegeben worden sei und dadurch stets Mißbilligungen unter den Mitgliedern hervorgerufen würden. Betreffs der Lehrlings Einstellung wurde gewünscht, die tarifliche Lehrlingskassa einer Änderung zu unterziehen, da die Zahl der eingestellten Lehrlinge, speziell in den kleinen Druckereien, der Gefühlszahl entsprechend unbedingt zu hoch sei. Es folgte noch die Erlebung einiger Znterna.

Berlin. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) Die Vereinsversammlung am 18. Februar wurde vom Vorsitzenden Schumann eröffnet. Die Kollegen wurden ermahnt, den neugewählten Vorstand in seiner Tätigkeit zu unterstützen. Da der „Graphische Betrieb“ erschienen ist und der „Drucker“ mehr ausgebaut wird, werden die „Praktischen Winte“ nicht mehr erscheinen. Einen Vortrag über „Praktische Papierprüfung“ hielt Kollege R. A. E. Kollege Wieland gab den Bericht von der Vorstandskonferenz des Kreises Berlin in Steglitz, woraus zu ersehen war, daß sich die Sparte auch in der Provinz gut gehalten hat. — Am den Kollegen einen Beweis zu bringen, wie notwendig es ist, sich in der Sparte fest zusammenzuschließen, hielt Kollege Wendland in der Märzversammlung einen Vortrag: „Henry Ford; Betrachtungen über die Einführung amerikanischer Arbeitsmethoden in den deutschen Druckereibetrieb.“ — Am 28. März fand im „Klubhaus“ ein Frachtkaufstufentag statt; verbunden war diese mit Druckausstellung, Konzert, Gesang („Typographia“) und Ansprachen. Leider zeigen die älteren Kollegen für solche Veranstaltungen wenig Interesse. — Am 15. April beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung mit dem bevorstehenden Druckertongreß. Kollege A. C. Mann hielt einen Vortrag: „Druckertongreß — Verbandstag 1926“. Kollege Wieland begründete die Anträge des Vorstandes zum Druckertongreß. Als Delegierter zum Kongreß wurden die Kollegen Schumann und Croft gewählt. Als Spartenbelegierte zum Verbandstag wurden als Kandidaten drei Kollegen vorgeschlagen. — Zum 30. Stiftungsfest fanden sich die Kollegen in den Germaniafaseln zusammen. Allen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben, nochmals besten Dank. — Zu der Werbewersammlung am 19. Juni bittet der Vorstand um recht zahlreichen Erscheinen, um dem Kongreß einen guten Abschluß zu geben.

Dresden. Der Gauverein Dresden beging die Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums am 16. Mai im Ausstellungspalast. Neben den eigentlichen Verbandsveranstaltungen war somit den Kollegen aus der Provinz zugleich der Besuch der herrlichen Gartenausstellung ermöglicht. Der große, reich geschmückte Saal war voll besetzt. Gauvorsitzer Freitag begrüßte die Festversammlung, die zahlreich erschienenen Gäste und Behördenvertreter. Sodann ehrte er die Verbandsjubilare. Im Namen des sächsischen Arbeitsministeriums erstattete Ministerialrat Haack Grüsse und Glückwünsche. Der Buchdruckerverband der Pionier der Gewerkschaftsbewegung. Aber das Wirken einer solchen Organisation müsse jede vernünftige Regierung erfreuen sein, handle es sich doch um Förderer des Wirtschaftsriedens zum Wohle des Volksganzen. Im Auftrage des Rates der Stadt Dresden begrüßte Stadtrat Barthel die Versammlung, für die Verbände des graphischen Gewerbes, Lithographen und Steindruck, Druckerzeugsarbeiter und Buchbinder, sprach, alte Erinnerungen aufzurufen, Gauleiter Heinzrich Lange, für den DGB, IFA-Bund und DGB. Kollege Karl Arnold und für den Ortsauschuß Dresden des DGB. Kollege Bernhard Wiewert, die Bedeutung des Buchdruckerverbandes und sein zielklares Wirken hervorhebend. Bruno Decarli vom Staatlichen Schauspielhaus trug in meisterhafter Weise einen von Ernst Preezang dem Jubiläum gewidmeten Vorpruch vor. Dann hielt Gauvorsitzer Petram (Köln) eine tiefgründig angelegte Festrede, in der er Rückschau hielt auf die Entwicklung des Verbandes. Zur Erhellung der Stimmung wurde der Kunst ein größerer Spielraum gewährt. Die Morgenfeier stand im Zeichen der ersten Mühe. Zwei Orchesterorchester eröffneten und beschloßen den festlichen Akt. Der Dresdener Buchdrucker-Gauverein unter Leitung seines Dirigenten Theobald Werner trug durch seine gebildeten Darbietungen wesentlich zum Gelingen des Ganzen bei. Im Gegensatz zu der würdigen Morgen-

feier war die Abendveranstaltung der heitern Kunst gewidmet. Orchester wechselte mit Gesang, den Hauptteil des Abends aber bildete ein vorzüglich, mit großem Beifall aufgenommenes Kabarett. Ihren Abschluß fand die Jubiläumsfeier in einem Wiener Waserauben, dem von jung und alt lebhaft lebhaft ausgedrungen wurde.

Dresden. (Korrespondenz.) Unsere Maiverammlung bot den Kollegen wieder einen sehr guten Vortrag. Dem Vorstand war es gelungen, Herrn Studentrat Troitzsch zu gewinnen, der sich in selbständiger Ausführung über das Thema: „Zeitungsdeutsch“ verbreitete. Erfreulich war es vor allem, von einem Fernstehenden zu hören, daß sich das Deutsch in den größeren Zeitungen ein wenig gebessert habe, und daß nur noch hauptsächlich in den Vereinsberichten, Sportlettern usw. sehr geläufig wird. Diese kleine Besserung können wir Korrektoren ohne weiteres als Erfolg unserer rastlosen systematischen Arbeit buchen und nur wünschen, daß in allen Zeitungen zünftige Korrektoren zum Ausmergen der Fehler vorhanden wären. Leider ist das noch nicht der Fall, und vor allen Dingen hat der größte Teil der Kollegen den Weg zur Sparte noch nicht gefunden. Die übrige Zeit füllte die Tagesordnung aus betreffs Vereinsangelegenheiten, Korrektorentag usw. — Unser 21. Geburtstag feierten wir bei schönstem Wetter in Kloßsche mit Vorträgen, Preisquadrätern und Tanz. Bei gutem Besuch endete es in allerbesten fröhlicher Stimmung.

Düsseldorf. (Stereotypenre Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Die Maiverammlung unserer Bezirksvereinigung übertraf alle Erwartungen, sowohl im Verfallungsbefuch wie auch in technischer Hinsicht. U. a. fanden die Anträge zum Kongreß volle Würdigung. Verschiedene Neuaufnahmen konnten ebenfalls getätigt werden, eine Folge rührender Agitation der Mitglieder. Sodann gab der Vorsitzende den Kasienbericht, der leider keinen glänzenden Bestand aufwies. Die Matenfrage bildet immer und überall noch das Schmerzenskind, und es wurden hier Beispiele angeführt, die geradezu trostlos sind. Es würde zu begrüßen, wenn man an maßgebender Stelle verjagen würde, diesem Unfug energig Halt zu gebieten. Im Juli findet in Düsseldorf eine außerordentliche Versammlung der Gauvereinerung statt und den Kollegen ist Gelegenheit gegeben, im Anschluß daran zum ermäßigten Preis die große Ausstellung „Gesundheit, soziale Fürsorge und Lebensbedingungen“ zu besichtigen.

Kaiserslautern. Unsere sehr gut besuchte Versammlung am 21. Mai brachte neben dem Kreisbericht vom ersten Quartal den Bericht vom Ortsauschuß des DGB, die beide ohne Diskussion die Zustimmung der Versammlung fanden. In seinem Bericht vom Gautag zeichnete Kollege Rebling in kurzen Strichen ein klares Bild vom Verlaufe der Verhandlungen. Zum Hauptanlass der Versammlung, der Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums, übergehend, gab Vorsitzender May einen Rückblick auf die verfloßene Zeit. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für die schönen, von echt buchdruckerlichem Geiste getragenen Worte. Anschließend erfolgte die Gehörung von 29 Kollegen, die 25 und mehr Jahre dem Verbande die Treue bewahrt haben. Ein schneidiger Marsch unfer Buchdruckerkapelle leitete zum zweiten Teile des Abends über, der die Kollegen noch bis Mitternacht im fröhlichen Kreise versammelt hielt.

Gau Schleswig-Holstein. Das 60jährige Bestehen unseres Verbandes wurde auf Beschluß des letzten Gautages am Sonntag, dem 16. Mai, in sechs Bezirksfesten gefeiert. Unter starker Beteiligung der Kollegen, ihrer Frauen und der Jungbuchdrucker nahmen alle Veranstaltungen einen erhebenden, das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkenden Verlauf und dürften für alle Teilnehmer eine bleibende Erinnerung sein. Die nachstehenden Berichte aus den einzelnen Bezirken mögen die Feiern noch etwas näher veranschaulichen. Der Bezirk Elmshorn hielt seine Feier in Kellinghusen ab. Vertreten waren sämtliche Ortsvereine mit Ausnahme Barmstedts. Von Tschow waren die Mitglieder sehr zahlreich vertreten. Die Festrede hielt Kollege Tilsner (Kiel). Der Arbeiter-Gauverein „Frohsinn“, Kellinghusen, unterstützte die Feier durch hervorragende Liebesgaben. Auch Herr Bürgermeister E. Strohbel war dazu erschienen. In seiner Begrüßungsrede hob er die Bedeutung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hervor und schloß mit einem Hoch auf den Verband. Der 60 Jahre im Beruf stehende Seniorchef der Firma H. F. J. Hay war gleichfalls erschienen, ebenso der Wittinhaber Herr E. Han, der in seiner Ansprache ebenfalls die Wichtigkeit der Geschlossenheit für das Buchdruckgewerbe anerkannte. In der gemeinsamen Mittagstafel im Anschluß an den eigentlichen Festakt nahmen etwa 150 Personen teil. Am Nachmittage wurden Spaziergänge in die herrliche Umgebung der Stadt unternommen. Ein Unterhaltungsabend mit Tanz, unter Mitwirkung des Arbeiter-Gauvereins und des humorbegabten Kollegen Reichberg nebst Frau, hielt die Kollegen bis zu den letzten satzplanmäßigen Zügen gemüßlich zusammen. Der Firma H. F. J. Hay sei auch an dieser Stelle für die kostenlofe Zierdeung des schönen Festbühne gebannt. — Die für den Bezirk Eutin arrangierte Festversammlung war von 34 Kollegen (etwa ein Drittel der Gesamtzahl) und sieben Jungbuchdruckern sowie von Familienangehörigen der Kollegen besucht. Der Vortrag zweier Lieder durch das Doppelquartett des Ortsauschusses leitete die Feier ein. Der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden folgte ein Prolog, gesprochen vom Kollegen Kelling. Dann schilderte Kollege Wieland (Kiel) in seiner Festrede die Geschichte des Verbandes von der Gründung bis zur Gegenwart, seine vortrefflichen Ausführungen mit einem Hoch auf den Verband abschließend. Inzwischen waren die Musiker erschienen, und nun folgten gemeinschaftliche Lieder, Musikstücke und mit Beifall aufgenommene Vorträge unfer Vortragmeisters, Kollegen Rebling. Zwischendurch fand die Gehörung des Seniors im Gau, des 82jährigen Kollegen Albert Jungmann (Eutin), der 1863 in Worms dem Mittelrheinischen Verbande beitrug und seit 1914 Invalide ist, statt. Der Vorsitzende beglückwünschte den Jubilar im Namen des Be-

